

Prof. Dr. Paul J.J. Welfens (EIIW)

President of the European Institute for International Economic Relations at the University of Wuppertal (EIIW); Jean Monnet Professor for European Economic Integration; chair for Macroeconomics
Rainer-Gruenter-Str. 21, D-42119 Wuppertal; +49 202 4391371; Alfred Grosser Professorship 2007/08, Sciences Po, Paris, Research Fellow, IZA, Bonn, Non-Resident Senior Fellow at AICGS/Johns Hopkins University, Washington D.C.
welfens@eiiw.uni-wuppertal.de, www.eiiw.eu;

Perspektiven einer künftigen EU- Sozialpolitik: Schwerpunkte, Instrumente, Zuständigkeiten, Konfliktlinien

Vortrag beim Bundesministerium der Finanzen, 23. April 2018

**Workshop: Finanz- und Sozialpolitik – Ein Spannungsfeld im
Europäischen Binnenmarkt (Version 20.4.)**

20 Years of EIIW: 2015 – Conference in Berlin and Wuppertal

- **Award-winning research; *Euro Crisis anticipated in Oct 2008***
National / International Networks



BREXIT aus Versehen

Das Buch beantwortet ganz aktuell die wichtigsten Fragen zum BREXIT: Wie ist das historische BREXIT-Referendum in Großbritannien abgelaufen, welches sind die Hintergründe des anstehenden EU-Austritts und welche Folgen für Deutschland, Europa und die Weltwirtschaft sind absehbar? Die BREXIT-Entscheidung ist für Europa ein Jahrhundertereignis, das die EU schwächt und die Machtgewichte global verschiebt. Die EU hat an Anziehungskraft verloren, sie ist nicht im Einklang mit dem 21. Jahrhundert, das asiatisch, digital und innovationsstark ist. Es zeigt sich, dass indirekt ein Weg von der Bankenkrise zur Anti-Immigrationswelle und zum EU-Austritt führte. Zudem war das Referendumsergebnis stark verzerrt von einer grob fehlerhaften Infobroschüre der Cameron-Regierung, die 10% zu erwartenden Einkommensverlust als Effekt eines EU-Austritts verschwiegen – mit dieser Information hätte sich eine klare Pro-EU-Mehrheit ergeben. Ein zweites Referendum? EU-Reformen? Die EU-Integration kann nur fortgeführt werden von einer Neo-EU, die besser konstruiert ist.

Paul Welfens hat eine sehr einfühlsame Studie zu den Ursachen – und Folgewirkungen – des Brexit geschrieben, der offenbar Großbritanniens größter vorsätzlicher Wirtschaftspolitik-Fehler seit der Großen Depression ist.
Prof. Dr. Harold James, Department of History, Princeton University

Im Buch vom Paul J.J. Welfens über den Ausgang des Brexit-Referendum erfolgt eine schonungslose, nüchterne und kritische Analyse, wie dieses Referendum-Ergebnis zustande kam. Welfens listet die wesentlichen kritischen Punkte auf: Jedem, der sich mit dieser Thematik ungeschminkt und offen beschäftigen will, sei dieses Buch zur Lektüre sehr empfohlen.

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Friedrich Schneider, Department of Economics,
Johannes Kepler Universität Linz

Der Autor

Prof. Dr. Paul J.J. Welfens ist Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Universität Wuppertal, dort zudem Inhaber des Jean-Monnet-Lehrstuhls für Europäische Wirtschaftsintegration und des Lehrstuhls Makroökonomik. Außerdem ist er Vorsitzender des Instituts des Bundesverbands Deutscher Volks- und Betriebswirte, Düsseldorf, Non-resident Senior Research Fellow am AICGS der Johns Hopkins University, Washington DC sowie IZA Research Fellow, Bonn. Das EIIW steht für mehr als zwei Jahrzehnte preisgekrönte Forschung. Welfens war u.a. geladener Experte des Deutschen Bundestages, des Europäischen Parlaments, der EU-Kommission, des US-Senats sowie des IWE.



► springer.com

Welfens



BREXIT aus Versehen

BREXIT aus Versehen

Paul J. J. Welfens

Europäische Union zwischen
Desintegration und
neuer EU



 Springer

BREXIT aus Versehen, Springer (October 2016): 34K downloads in 1 year, 2nd ed. 2017

- ISBN 978-3658158743, siehe insbes. Kap. 9
- **Addison/Welfens, Labor Markets and Social Security, 2. A. (Soz.pol in offenen Volksw.)**
- **Regional Integration and ILO Standards(neg. correlation, ILO paper)** Prof. Dr. Paul J.J. Welfens, www.eiiv.eu

Kernfragen

- **1) Welche sozialpolitische Arbeitsteilung zwischen EU-Mitgliedsstaaten und EU gibt es?**
 - a) Ähnlichkeit Umverteilungspräferenzen in EU-Ländern?
 - b) Konvergenz der Pro-Kopf-Eink.(PPP) & daher a)+
 - c) OEs sozialpol. Mäßigung = **internat. Wettb.fähigkeit** bzw. Migrationsdruck
- **2) Welche Verbindung zwischen Sozialpolitik und Finanzpolitik gibt es?**
- **3) Welche sozialpolitische Arbeitsteilung zwischen EU-Ländern und EU wäre vernünftig?**
 - *Im Kontext der Herausforderungen Binnenmarktdynamik, IKT-Expansion, Globalisierung (FDI und Handelswachstum), Demographie (in Europa: Alterung),*
 - *Internet-Öffentlichkeit = neue Welt zur Erklärung Soz.MW*

Einige Aspekte zur Betrachtung

- [Stab.u.Wachstumspakt & Macroeconomic Imbalance Pr. & Europe 2020](#)
- Verknüpfung im **Europäischen Semester: wie die drei Prioritäten des Jahreswachstumsberichtes (fiskalische Konsolidierung, strukturelle Reformen und Investitionen)** beachtet werden können.
- Europäisches SEMESTER: Das Europäische Semester umfasst **3 Hauptbereiche**, in denen wirtschaftspolitische Koordinierung erfolgt:
 - **Strukturreformen**, bei denen im Einklang mit Strategie Europa 2020 Schwerpunkt ist= **Wachstum und Beschäftigung & Nachhaltigkeit**
 - die **Fiskalpolitik**, um – im Einklang mit Stabilitäts-&Wachstumspakt – die **Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen** sicherzustellen
 - Vermeidung erheblicher **makroökonomischer Ungleichgewichte**
- *In welcher Form die Ziele im **Zusammenspiel zwischen den EU-Institutionen – EU Parlament, EU Kommission, Rat EU** in seiner jeweils unterschiedlichen Zusammensetzung – zu erreichen wären.*
- *Zusammenspiel: **Finanz- und Wirtschaftspolitik** (fiskalische Aspekte, Investitionen, nachhaltiges Wachstum) sowie **Sozialpolitik***

Finanzpolitik – Sozialpolitik mit EU-Perspektive

Effiziente **Fiskal- und Wirtschaftspolitik** bzw. Konjunkturpolitik = MEHR EU/€zone=reduzierte Ausgaben bei Nationalstaat und nat. Arbeitslosenversicherung

IMF (Allard, 2010):
1% BIP-Schock=
-0.2% C/Y in USA
vs. -0.6% Eurozone;
**Euro-/EU-Finanzpol.Abfed.-
Effizienz+=zyklische ALQ sinkt**

Effiziente Sozialpolitik national/EU erlaubt mehr *abgesicherte langfristige Globalisierung=Wachstums- & Steuerplus für EU-Länder*;
EU-Vielfalt als Reformimpuls, *offene Koordinierung (+FDI)*

Sozialstaat 2. Seite der EU-Binnenmarktmedaille
Armutsriskienunterschiede in EU-28 groß;
Steuer- u.Sozialabgaben-Mix in EU-Ländern unterschiedl, was ggf. sinnvoll.

Sozialpolitik: 2 Säulen

- **1) große Lebensrisiken abdecken:**
 - via Arbeitslosenversicherung; DE: **1% des BIP in 2016**,
 - Rentenversicherung: große Säule beitragsfinanziert+Steuern (**9%BIP**)
 - Krankenversicherung, Umfang steigend wg Alterung **11% BIP**

Sozialversicherungssystem hat Effekte auf private Sparquote (sinkt zunächst) und – i.d.R. positiv – auf Realeinkommen: Ersparnis +/-

- **2) Umverteilungspolitik: Ungleichheit aus Markteinkommen** soll in gewissem Maß begrenzt werden; zudem und auch Mindestsicherung (in Deutschland Hartz IV) – bei längerer Arbeitslosigkeit Hartz IV-Niveau bald erreicht

1) und 2) lässt u.a. Globalisierung akzeptabel erscheinen, wobei diese aber nur wenig zur Ungleichheit im Norden der Weltwirtschaft beiträgt; stärker **zur Ungleichheit trägt IKT bei (JAUMOTTE ET AL., 2008)**

Wichtige Punkte zur Sozial- und Finanzpolitik

Sozialpolitik kann Y bzw. $T(Y)$ ändern (+/-); Teil der Sozialpol. ist steuerfinanziert; Fragen auch von Fiscal Devaluation: Höhere MWSt bei Minderung Eink.steuern/ Sozialvers.b.satz

Sozialpolitik

Anreize (-/+) für Arbeit bzw. Produktion etc

Makroeffekte (z.B. AL-Vers.=Stabilisierung)

Sozialer Zusammenhalt sowie pol. Akzeptanz

Außenbeitrag (höhere MWSt.=Xnet steigt)

Je besser €-Kapitalmarktunion funktioniert bzw. je besser Bankenaufsicht, desto mehr kann kapitalgedeckte private(ergänzende) Alterssicherung die Rentenpolitik entlasten; dazu wichtig: sichere Staatspapiere für Versicherungen

„Fiskalische Abwertung“ als strategisches Element für Eurozonen-Stabilisierung & Minderung der Überschussquote Deutschlands

- **Senkung von Sozialvers.beitragssätzen** bzw. Lohnnebenkosten (o. Eink.steu), verbunden mit **budgetneutralem Mehrwertsteueranstieg** führt
 - **zu mehr Beschäftigung, Bruttoinlandsprodukt und Steueraufkommen** sowie Exportüberschuss-Anstieg bzw. Minderung des Außenbeitragsdefizits, da MWSt.-Erhöhung= Minderung der Inlandsnachfrage = höherer Nettoexport (bei gegebener oder ggf. steigender Produktion der Wirtschaft). **Das wäre sinnvoll als Maßnahme in Frankreich und Italien**, wo man bei realem Einkommenswachstum zurückhängt; **während Deutschland MWSt. um 1%-Punkt senkt = Minderung der DE-Exportüberschussquote**: mit über 8% seit Jahren liegt Deutschland über der 6%-Obergrenze der EU und ist zudem massiv im Negativ-Fokus der Trump-Administration

Hohe strukturelle Überschussquote Deutschlands problematisch, da hier spiegelbildlich neg. Außenbeitragsquote der Partnerländer vorliegt – was dort Widerstand gegen Globalisierung verstärkt; nicht im Interesse Deutschlands etc.

Finanzpolitik in Europa Sicht Deutschlands: **Interdependenzperspektive**

China

(Druck für
Westen steigt)

Japan

Asean

**USA (großer
Kapitalmarkt,
Steuerref. Trump)**

Nötig: Nettoexport bzw
BIP & Beschäftigung
erhöhen via MWSt-
-Anstieg+Soz.beitrags-
senkung budgetneu.(F,I)
QUEST-Modellierung;
mindert Nettoexp. D

**Deutschland
(MWSt.bleibt)**

**EU27 bzw.
*Euro18***

Wirtschafts- und Währungsunion: Eurozone u.EU
nicht stabil (Krit. opt. Währungsräume ,Euro-/EU-Budget)

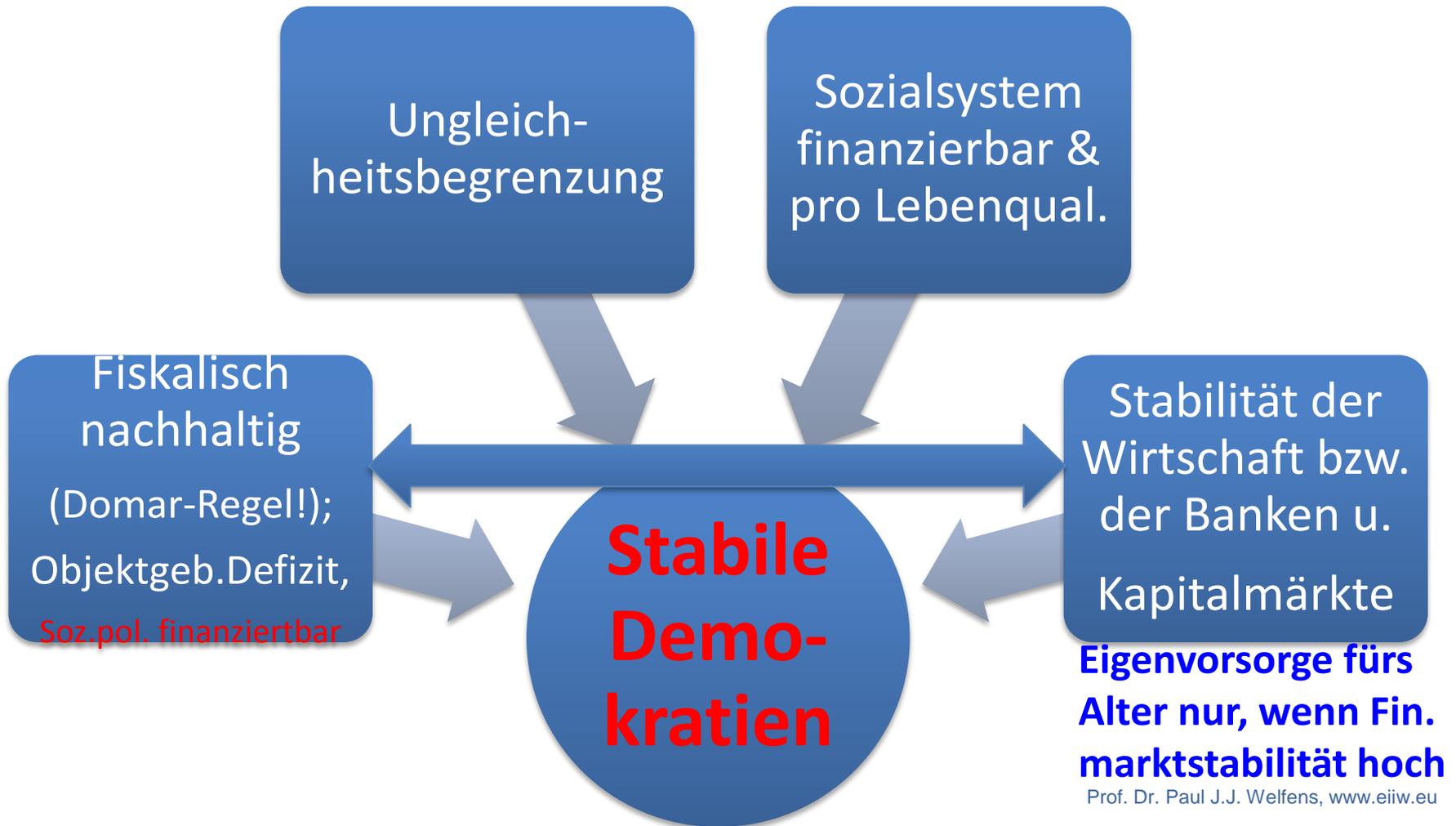


Transeuropäische Netze: Ausbau Strom- u. Schienen- u. Verkehrsnetz sowie (Europe 2020) über 10 Jahre verteilte Anschaffung bei Elektrobussen in Grenzregionen: Euro-Leasing; Finanzierung objektbesichert bzw. objektbasierte Staatsv. mit sicheren Eurobonds EIB o.X/Sonderfonds Eurozone 10 J. Laufzeit; keine nationale Bondsplatzierung Laufzeit 10 Jahre!



Suggested Design of Euro Area Bond (Paul Welfens, 2014; www.eiiw.eu)

Politikperspektive Finanz- und Sozialpolitik - Verbindungen



Ausgangspunkt zur Sozialpolitik im Gesundheitsbereich: EU-Länder mit Lebenserwartung & Kindersterblichkeit besser als USA. Sozialsystem/Soz.politik DE=System-Qualitätsmerkmal=DE

Table 1: Life Expectancy and Child Mortality in the UK, Germany, France and the US

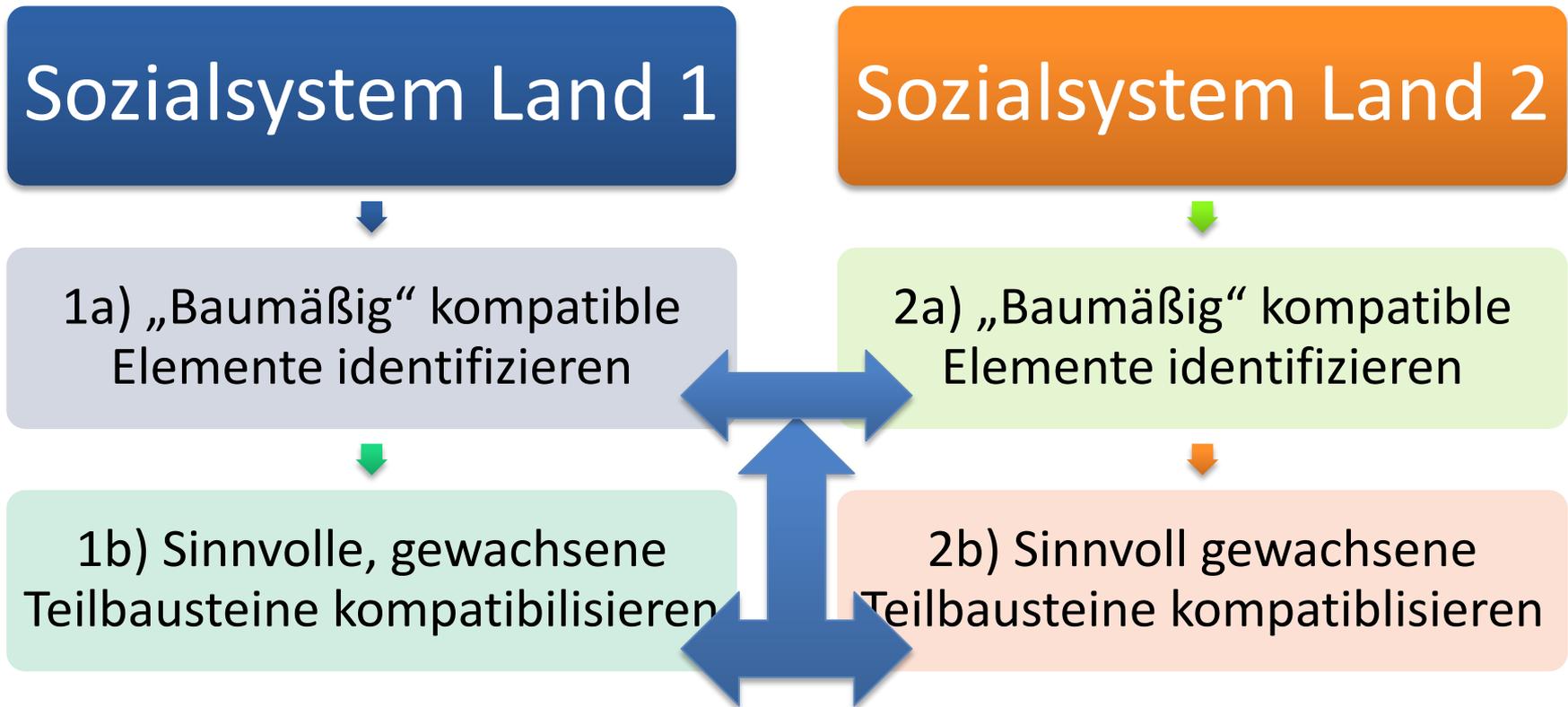
	Life Expectancy at Birth (Average, 2015)	Child Mortality (No. of deaths of children under 5 years of age per 1,000 live births, 2016)
United Kingdom	82	4
Germany	81	4
France	83	4
USA	79	7

Source: World Bank <https://data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.LE00.IN>

Nationale Sozialpolitikperspektive(n)

- 1) **EU-Immigration/Immigration** als Wohlstandsimpuls o. Teilprobl.; Immigranten= Arbeitn. & Gründer(US: 40% Fortune500,KfW)
- 2) **Sozialsystem als Standortfaktor**
 - a) **Zuwanderung u.a. wegen Qualität des Sozialsystems, das ein positiver Standort- u. Produktivitätsfaktor ist** (immer schon bildungsförderlich via Krankenvers. für viele Schichten);
Deutschland wesentlich a)-geprägt
 - b) politisch zT **Furcht vor Einwanderung *in* Sozialsysteme**= denkbarer EU-Fall bzw. UK: dass Zuwanderung Nettokosten für Staatshaushalt bringt (OECD, 2013:UK No);DE Nettokosten laut **OECD**

Koordinierung nat.Sozialpolitiken steht zunächst im Vordergrund in EU;
Vorreformen fehlen: Kompatibilisierung; ggf. später gemeinsam Sozialpfeiler
Euro-Arbeitslos.versicherung für erste 6 Monate; koordinierte Maßnahmen zur Begrenzung des Armutsrisikos insbes. der Immigranten aus 3.-Ländern



Bestandsaufnahmen zu 1a) & 2a) u. Folgeschritten 1b) & 2b) fehlen in EULändern;
Kaum Entscheidungsbasis für optim. Vernetzung u. Kooperation



Nicht-EU-Zuwanderer-**Armutsrisiko** rel. hoch: **EU-Einwanderungsgesetz** – wegen Binnenmarkt – nötig als Rahmen; **plus nationale Integrationsgesetze**

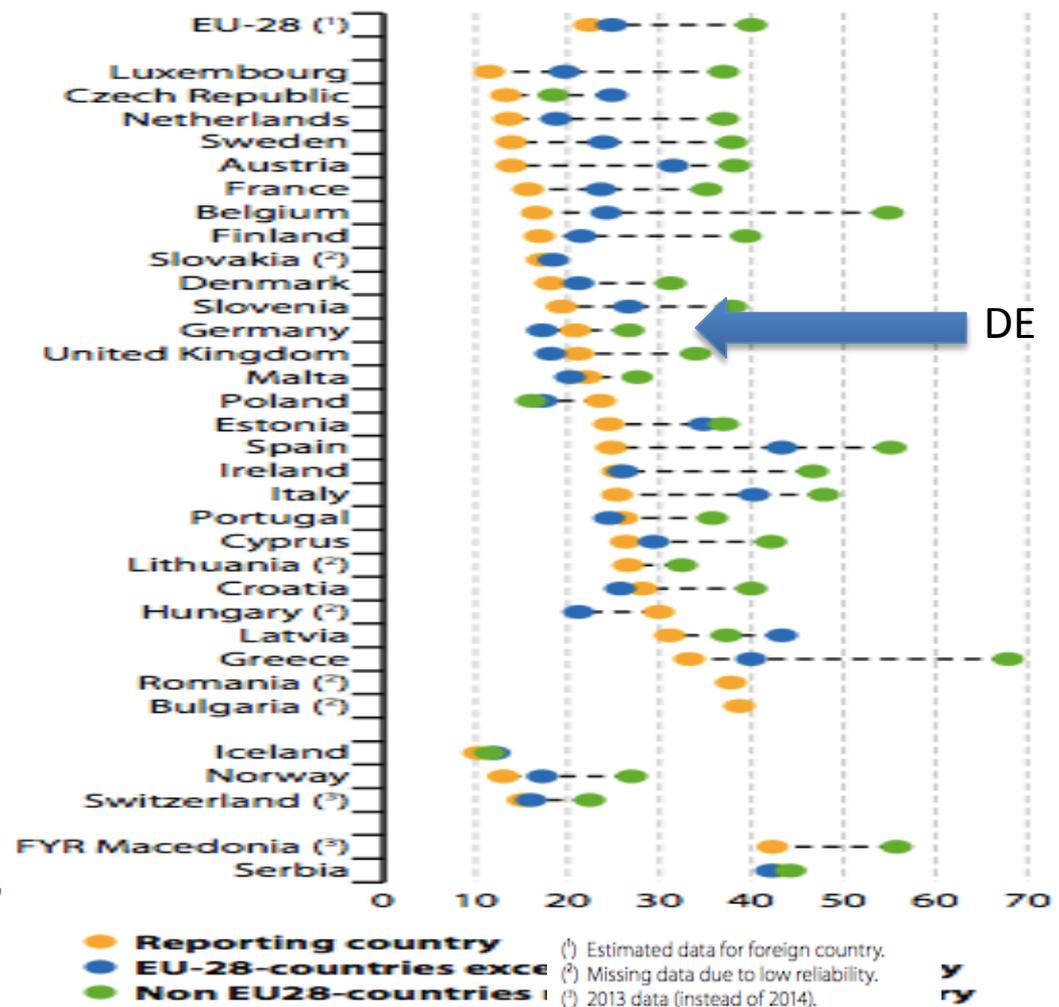
Abb. Zum Armutsrisiko in europäischen Ländern (Europa2020, 2016e)

***Grün**=Nicht-EU-

Zuwanderer: erkennbar
nötig, dass hier Verbesserung kooperativ o. via EU-Ergänzungspol.

- **Blau**=EU-Zuwanderer
- **Orange** = Einheimische

Figure 5.9: People at risk of poverty or social exclusion by group of country of birth, by country, 2014 (% of population aged 18 and over)



Source: Eurostat Statistical Books 2016 p.149; Smarter, greener, more inclusive? Indicators to support the Europe 2020 strategy-2016 edition.

Access: <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/7566774/KS-EZ-16-001-EN-N.pdf>

Online data code: [t2020_149](#)

Reflexionspapier zur Sozialpolitik (2017): Tatsächlich Finanz- & Sozialkommissare hier in Kooperation



The European Pillar of Social Rights is about **delivering new and more effective rights for citizens**. It has 3 main categories:

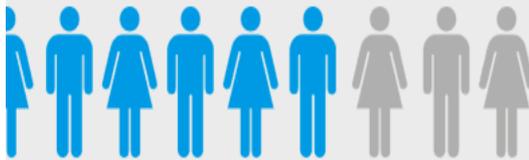
- * Equal opportunities and access to the labour market
- * Fair working conditions
- * Social protection and inclusion (**aimed at avoiding excessive social divergence**)

Au Reflexionspapier zur Sozialen Dimension Europas, 2017^{EIIW}

Die Lage bereitet den Europäern Sorge



Aus Sicht von mehr als 8 von 10 Europäern sind **Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit** und **Migration** die 3 drängendsten Herausforderungen für die Union. Sie erwarten eine **freie Marktwirtschaft** Hand in Hand mit einem hohen Niveau **sozialen Schutz**.



Nach Ansicht von 7 von 10 Europäern werden Beschäftigung und Sozialpolitik stärker **EU-Ebene** gesteuert, **sie sind für eine Beschlussfassung sowohl auf nationaler als auch auf**



Nach Einschätzung von mehr als der Hälfte **der Europäer** hat **nicht jeder** eine gute Zukunft, sie glauben auch, dass das Leben **für die nächste Generation eher schlechter** wird.

Europäische Kommission und Eurobarometer 2017

Reflexionspapier zur soz. Dimension Europas: „**Fishing for EU competences**“

Versuch, politische Logik aufzubauen; ökonomisch auf Fiscal Federalism sehen!!

Theoretische Basis aus ökonomischer Sicht zu vertikaler Arbeitsteilung in der Politik

– **Fiscal Federalism** als theoretischen Bezugspunkt dafür, welche Politikebene (EU, national, regional, lokal) welche Politikfelder bearbeiten soll; also auch Bezug für EU-Ebenen-Aktivität

- **Mobilität Arbeitskräfte u. Investoren im Binnenmarkt** wesentlich
- **Je höher regionale (Fall USA: 11% Staatsverbrauchsquote, 9% Sozialausg.qu. DC) bzw. zwischenstaatliche (EU-Fall) Mobilität ist**, desto leichter können sich Arbeitnehmer oder auch Investoren gewünschter nationaler Besteuerung und Umverteilung entziehen = effizienzbasierendes **Argument pro Zentralisierung bei**

Umverteilungspolitik: EU (allerdings in USA Mobilität ca. fast dreimal so hoch wie in EU). **Hier gibt es keinen Ansatzpunkt, solange nicht Teil progressiven Eink.steuer DIREKT an EU geht, Transfers via Nationalstaat an arme Haushalte; Politische Stabilität hält nur begrenzt ökonomische Ungleichheit aus; Frage, wer (Ebene) wie weit Einkommensverteilung korrigieren**

Welche Ebene soll (vertikal betrachtet) welche Aufgaben machen: rationale Kompetenzzuweisung

- **Mobilität von Arbeitnehmern bzw. Investoren** wichtig
- Ausmaß an **politischen Präferenzunterschieden; mildert sich cross country-bezogen durch ökonomische Konvergenzprozesse!**
- Notwendigkeit bzw. Nützlichkeit von **Systemwettbewerb**
- welcher induzierte Grad ergibt sich auf Ebene Xi an erhöhter Intensität des pol. Wettbewerbs via kluge Aufgabenzuweisung auf Ebene Xi (i=kommunal, reg., national, supranational)? Endogener optimaler Grad an Subsidiarität – *zB als Idee: werden bestimmte Infrastruktur- und Verteidigungsausgaben in Eurozone in Brüssel angesiedelt, erhöht sich Intensität des Politikwettbewerbs in der Eurozone* bzw. EU = höhere Effizienz des pol. Systems = **dynamische Sicht des Subsidiaritätsprinzips (nicht statische Version, die sehr direkt und unreflektiert Vorrangeregulung der nationalen Ebene vor EU-Ebene behauptet – führt in Irre und letztlich Zerstörung der EU)**

EU Kommission Reflexionspapier Social Policy 2017 mit interessanten Punkte; **aber EU Kom. Kennt im Papier wichtige Zusammenhänge nicht**

- 1) **Globalisierung** vermindert Einkommensunterschiede im Süden der Weltwirtschaft, im Norden nur geringer Impuls –allerdings: **IKT und Finanzglobalisierung tragen zu rel. Lohnpositionsverbesserung Qualifizierte vs. Ungelernte bei** (JAUMOTTE ET AL. 2008)
- 2) **Polarisierung der Löhne in OECD-Ländern** u.a. im Kontext von IKT, **aber auch wegen zunehmender Industrieimporte aus China** (BREEMERSCH ET AL.,2017: OECD); **dürfte anhalten mittelfristig**
- 3) **EU-Strukturref./Arbeitsm.ref verschieben Einkommensverteilung zugunsten des Faktors Kapital** (zeigt **DG ECFIN** paper, 2018)
- 4) **Alterung der Erwerbsbevölkerung in EINIGEN EU-Ländern** trägt deutlich zu **verlangsamtem Produktivitäts- bzw. BIP-Wachstum** mittelfristig bei – **Altersdivergenz in der EU**, da DE+IT etc. deutlich schneller altern als FR (& UK) etc.; ab 2025 als Problem verstärkt, was **auch an Wahlurne relevant** ist und Kooperation etwa DE-FR oder **EU-Soz.pol-Säulenverbreit.erschweren** wird

**Problem: Strukturreformen = mehr Ungleichheit auf mittlere Sicht
(Strukturref. & Ungleichheit: DG ECFIN paper; Fiskalpol. WIIW 147;
Polarisierung: OECD paper zu China-Import-Wirkung auf Polarisierung Löhne)**



Projected Workforce Aging in Selected European Countries
(Percent, share of workers aged 55-64 years to the labor force)

	2014	2020	2025	2030	2035
Austria	11.3	15.6	16.9	16.3	15.5
Belgium	12.9	16.6	16.4	15.9	15.7
Czech Republic	15.5	15.0	16.3	20.0	23.7
Denmark	16.3	19.2	20.3	20.3	19.2
Estonia	17.8	18.9	19.1	20.8	21.7
Finland	18.2	18.9	18.3	16.7	16.8
France	14.3	15.8	17.4	17.6	16.6
Germany	18.2	22.0	23.7	21.7	20.1
Greece	11.5	18.5	21.3	23.7	25.4
Hungary	14.1	17.1	19.8	23.4	26.5
Ireland	13.4	15.5	16.9	19.2	21.5
Italy	14.8	19.9	23.6	25.8	25.8
Latvia	16.8	18.1	18.5	19.3	19.0
Lithuania	16.3	18.0	19.1	19.8	19.2
Luxembourg	10.3	12.7	13.4	12.9	12.2
Netherlands	16.2	18.5	20.2	19.6	17.8
Norway	16.6	17.2	17.9	17.9	16.8
Poland	14.5	14.2	14.4	16.7	20.4
Portugal	14.9	18.4	20.4	22.5	24.1
Slovakia	13.6	14.9	15.2	17.2	20.6
Slovenia	11.4	17.2	18.9	19.3	20.4
Spain	13.1	19.0	22.2	25.4	27.5
Sweden	18.0	17.9	18.6	18.8	18.2
United Kingdom	14.7	16.8	17.6	17.0	15.9

>20
15-20
<15

Sources: OECD; European Commission; and IMF staff calculations.

Deutschland ist wohl hier erheblich negativ von Alterung der Erwerbsbev. künftig betroffen: Ähnlich Italien, Portugal, Spanien; ABER nicht UK (Frage nach BREXIT; aus UK Rück/Auswanderung?)

Es gibt nur ein kleines Zeitfenster, bis Demographiedivergenz EU-Konsens erschwert bzw Rentnerinteressen wohl zunehmend zum Blockadepunkt macht

Knappes ZEITFENSTER für EUref

Prof. Dr. Paul J.J. Welfens, www.eiiv.eu

Wer macht was in Europa bzw. global ?

- **Ausgangspunkt: Interesse an Begrenzung Ungleichheit EU+>US**
- **EU-Mitgliedsländer – in Steuerpolitik und Sozialpolitik „König“**
- **Europäische Kommission**
 - gegen Jugendarbeitslosigkeit; auch Koordinierung Fisk.pol. 2009/10
 - **ESM; Bankenaufsichtsregeln (EZB), Kapitalmarktunion ...Eigenvorsorge**
 - **Globalisierungsfonds (Krise in Großunternehmen; Jobverluste)**
 - **Struktur- u. Regionalpolitik/Kohäsionspolitik (0.3% des BIP; zT ineff.)**
- **EU Rat (Staats- u.Reg.chef)/EU Rat (zB ECFIN, Rat Sozialmin.;Koop**
- **Europäisches Parlament**
 - wie groß ist **Budget der EU/Eurozone? Zu klein (1% BIP)**
 - Finanzierung Fonds; Soziale Mindestrechte; Soz.pol in EU-Semester
- **ILO: Standards;Analysen (auch zu Arbeitsstandards & Integration)**
- **G20: *2010 SPIAC (SocialProtectionInterAgency Coop) mit ILO/WB an Spitze; G20 auch aktiv zu Bankenaufsichtsfragen bzw. Einlagensicherung– hat Relevanz für Finanz- u. Sozialpolitik**



Sozial- und Finanzpolitik 2025 (national/EU/G20): Finanz- und sozialpolitische Konzeption

- **1) Leitbild (zB Rawls-Gerechtigkeit; Solidarität), Ziele (...), Träger, Mittel, Digitalkommunikation= Konzeption:**
- **2) Maßnahmen mit Blick auf nationale Verfassung/Politik & EU-Regeln – in EU muss Arbeitskräfte-Mobilität möglich sein, ohne Nachteile bei Sozialvers.**
- **3) Konzeption eingestellt auf Herausforderung 21. Jh** (Globalisierung, Alterung, Digitalisierung, Konjunkturzyklen etc.)
- **4) Maßnahmen seien rational** bzw. 4fach kompatibel
 - a) zielkonform, b) effizient, c) systemkonform
 - d) solide finanziert (u. nicht contra Wachstum)
 - e) Nationale Sozialsysteme: **Kompatibilitätsanalyse nötig & Kompatibilitätsreformen (fehlen)**=Wenn vorliegend, dann Effizienzgewinn - u. Binnenmarktoptimierung; & EU bzw. Euro-Sozialsysteme (**nötig, zumal keine nominale Abwertung**)

EU-Basis für Sozialpolitik

- **1) Formal:** EWG-Vertrag(1957), Einheitliche Europäische Akte(1987), Vertrag Maastricht(1993),Protokoll über Sozial-pol. (1995), EUKom2016:Koordinierung Soz.Vers: Arbeits-kräfte.mob. Binnenm., Europ. Säule sozialer Rechte (2017)
- **2) Anpassungsdruck im EU-Binnenmarkt;**
 - **A) Kompatibilitätserfordernisse nationaler Sozialpolitik als Basis für Arbeitskräfte & Rentnermobilität;** speziell in Eurozone hohe Transparenz sozialer Leistungen; mobiles Kap./MNC; **11 Mio. Menschen Intra-EU-mobil., 4%+ Besch.**
 - **B) Menschen wandern bevorzugt zu EU-Ländern mit soliden Sozialsystemen/Staat mit Top-Rating=Druck auf andere EU-Länder** = Race to the top? Wohl kaum!(pol.Instab)
 - **Zur strukturellen Überschusspos. Deutschlands** in €zone/bzw. EU:
 - *Wähler in DE u. anderen Exportüberschussländer FÜR Globalisierung*
 - *Je höher DE-Exp.überschuss strukturell,desto geringer Chance anderer EU-Länder, exp.überschussbasierte Pro-Globalisierung zu entwickeln*

Was ist zu gewinnen bei größerem EU-Budget (in welchen Feldern?)?

- **EU-Ebene bzw. Euro-Ebene fiskalisch stärken?** zT problematisch, u.a. Legitimations-Probleme...
- **Nötig Debatte zu statischem Subsidiaritätsprinzip, das als vereinfachende Fehlinterpretation EU&WirtschaftEU schwächt**
- **dynamisches Subsid.prinzip: $d(G/Y)^{EU}$ -Anstieg=bessere Verständlichkeit Rolle EU aus Wählersicht= reduzierte Stimmen für pol. radikale Parteien (s. Forschungsgruppe Wahlen); und höhere EU-Wahlbeteiligung =höhere Intensität pol. Wettbewerbs = besserer Umgang der Politik mit Steuergeldern**
- **Mehr EUPolitik=Schwächung des Systemwettbewerbs**
der EU: **offene Koordinierung** kaum funktioniert
- **EU-Politikschwäche: 1/2 EUStrukturpol. wirkt nicht** (Becker et al.2010),



Wie könnte man in EU zusammenarbeiten/wo EU-Sozialpolitik machen?

- **1) Konzeptionsprüfungen in allen EU-Mitgliedsländern nach einheitlichem Schema= bestimmt Grad an soz.pol EU-Potenzial**
 - **Konzeptionelle Angleichung** Sozpol-Teilfelder: Analyse nötig EU28;
 - **Einheitliche Softwarestandards in Soz.Vers. €- & EU-L./EU**
 - **Krankenversicherung: EU-Bürger= weltweit; EU- Kom verhandelt**
 - **Rentenversicherung:** Breitere kapitalbasierte Säule ist kompatibel mit Binnenmarkt & mehr langfristiger Mobilität in der EU; verweist auf große Verantwortung staatl. Banken- und Finanzaufsicht in der EU28
Alternativ/ggf. komplementär ist, nationale Rentenversicherung systemisch anzugleichen – leichter, wenn Wahltarife I, II, III
- **2) Was nicht sinnvoll ist: EU erkennt Nationalisierung kapitalgedeckter priv.Alterssicherung an=Reduzierung Schuldenquote(HU, PL)**
- **Mehr multilaterale Kooperation in EU:**
 - **Ökonomische Aufholprozesse= mehr Interesse an Umverteilung** (?)/Nachhaltigkeit; WV Survey (Udalov/Welfens, 2018);ähnl.Werte=Basis für EUkoop
 - **Euro-Arbeitsl.versi.:** erste 12 o. 6 Mon.(DOLLS et al., 2014; WELFENS, 2016)

Zur Fiskalpolitik in der EU

- **Bei Steuerpolitik Herausforderungen**
 - **Trump-Steuerreform; und Expansion Internetwirtschaft**
 - **Risiko ~~€~~zone, solange nicht Schuldenbremse in nat. Verfass.**
- Arbeitsmärkte flexibel halten, **aktive Arbeitsmarktpolitik teil-finanzieren** (Firmen u. Individuen Rest); **Steueranreize für Weiterbildung**
- **Arbeitslosenversicherung: erste 6 Monate aus EU-Haushalt bzw. Eurozonen-Budget** (ohne Jugendarbeitslosigkeit; aber Topf für grenzübergreifende Berufsbild.projekte); **Gründer in EU mehr fördern**
- **Effizienz Steuerpolitik schärfen via Mindeststeuersätze**, EUbudget steht für x% der Basisfinanzierung (EU-Parlament setzt x fest); Eurobudget finanziert via Beiträge on Top aus **Progressionaufkom.anteil**; **max. strukt. Defizitquote EU= 0.4% (EU-Schuldenbremse), schrittsw.**
- **Fiskalpolitik: EU in Sachen Transeurop. Netze aktiv= EUInfrastrukturpolitik u. Verteidigung/Beschaffungspolitik europäisieren**;
 - **Schritt 1: Deutschland/Frankreich/Italien**, Schritt 2: Eurozone bzw. EU
 - **Gesamtsteuersatz über alle Politikstufen soll sinken**(EUEffizienzgew.)

Strategische Fragen zu neuer Sozialpolitik

- **Basiseinkommen für alle?** OECD (BROWNE/IMMVERVOLL, 2018) zeigen, dass ein solcher Ansatz fiskalisch relativ teuer bzw. steuererhöhend ist und zudem insgesamt wenig zielgenau bzw. ineffizient. **Also NEIN**
 - **Frage nach der Rolle der Generationengerechtigkeit in alternder Gesellschaft:** Gefahr, dass **Rentenexpansion auf Kosten von Bildung bzw. Wachstum favorisiert wird** (steigende Anteile älterer Wählergruppen);
 - **Bei Globalisierung immer geringere Kapitalbeteuerung**, was bedeutet
 - eine allgemeine Deckungslücke
 - ein Gerechtigkeitsproblem
- Finanzpolitik sollte stärker internationalisiert werden; Mindest-Körperschaftsteuersätze in EU bzw. bei G20; bessere OECD-Standards;** letztere (BEPS: base erosion and profit shifting) werden aber von USA bzw. Trump-Administration mit neuem US-Steuergesetz 2018 torpediert.



Was wäre ein sinnvolles EU-Sozialmodell mit sinnvoller Fiskalpolitik langfristig?

- 1) **Einkommensumverteilung mehr bei EU**, da effizienter;
- 2) **Zolleinnahmen aus Entwicklungsländern = EU-Entwicklungshilfe als Ko-Gründerförderung zurück**
- 3) Teil Eink.steuer könnte mittelfristig an **EU/€zone gehen, die mit einem Ko-Finanzminister für Stabilitätspolitik mit zuständig wird**, sobald die EU-Ausgabenquote 3% (Infrastruktur- u. Verteidigungsausgaben) erreicht hat;
EUVerteidigungs-Ausschreibungen binnenmarktkompatibel
EU-weit machen; auch national. Eurozone könnte bei Start Euro-Parlament **Haushaltsdefizitquote konjunkturell bis 1% des BIP** machen, allerdings **Defizite nur für öffentliche Investitionen; max. 0.4% strukturelle EU-Defizitquote** (DE: strukt. Gesamtsschuldenquote maximal $0.75\%/1.5\% = 50\%$; $0.75 = 0.35$ national +0.4 €zone; Schuldenquote 50% – nach DOMAR: **$D/Y = d'/g_Y$** ; 1.5% Trendwachstum (d' für Defizitquote, D/Y Schuldenquote)

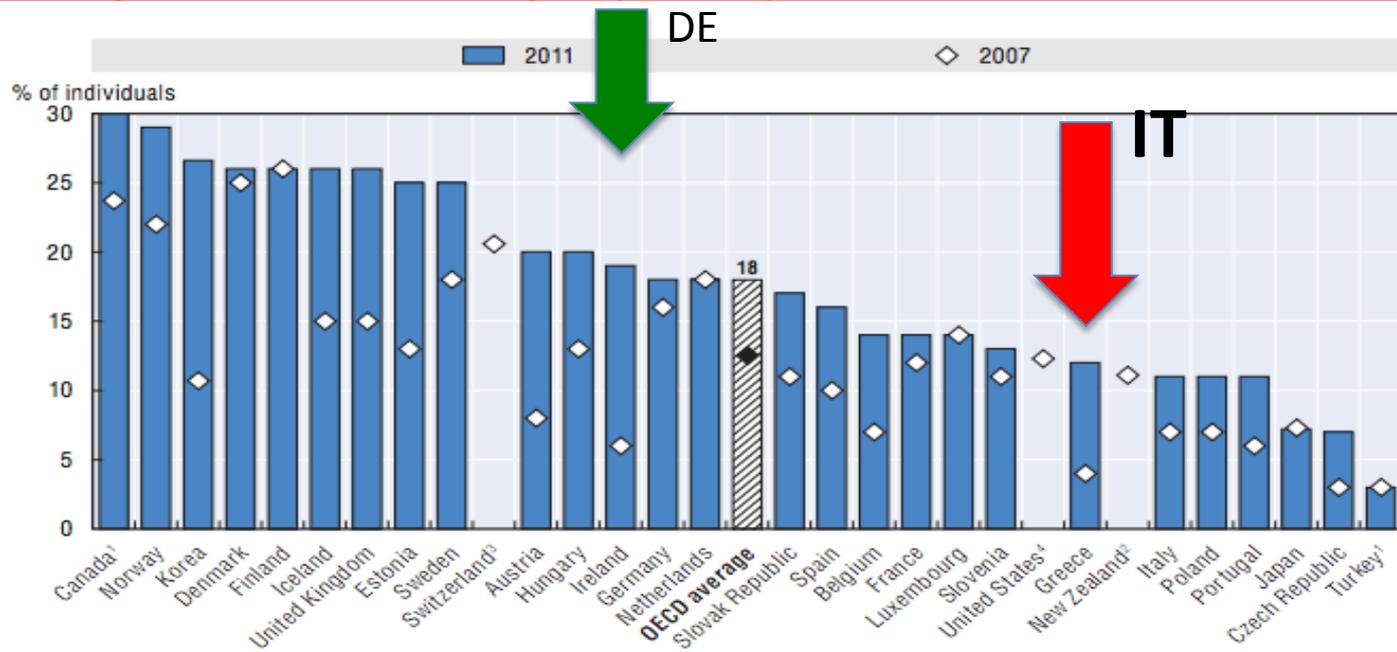


Denkbare EU-Sozialpolitikprinzipien: Dominanz Nationalstaat

- **Geringe Beschränkung beim Zugang zum Sozialstaat bei Intra-EU-Migration**=Vorteil der EU-Bürger; nach drei Jahren Arbeit in sozialversicherungspflichtigem Job ist man pro rata im Sozialsystem des EU-Gastlandes auf Wunsch angekommen; Zuwanderer von außerhalb der EU müssten längere Anwartschaftszeiten zu beachten haben
 - **EU-Projekt für erhöhte Sozialversicherungs-kompatibilität:** gut für mobile Arbeitnehmer in der EU
 - **EU organisiert G20-Auslandskrankenversicherung: EU hat Verhandlungsmacht** – Versicherungsverträge auf Gegenseitigkeit mit allen G20-Ländern+X (ggf. priv KV einbez.)
- **EU organisiert Teil der Arbeitslosenversicherung: Gedeckelt, nur kurzfristige conj. AL,6 Mon.;** ohne Jugendarbeitslosigk., aber EU-vernetzte Weiterbildungs-plattform für Jugendliche u. benchmarking e-Jobs-Suche

Benchmarking mit "Verbesserungs-Olympia" Anreiz Euro-Topf; 3 Länder mit Bonus, die sich aus hintererem 1/3 am meisten verbessert haben

=preiswerte AKTIVE offene Koord.: *relativer Olympiaansatz*=anreizkompatibel; kann auch ergänzend Belohnungstopf f. Top-Verbess. Im Mittelbereich geben



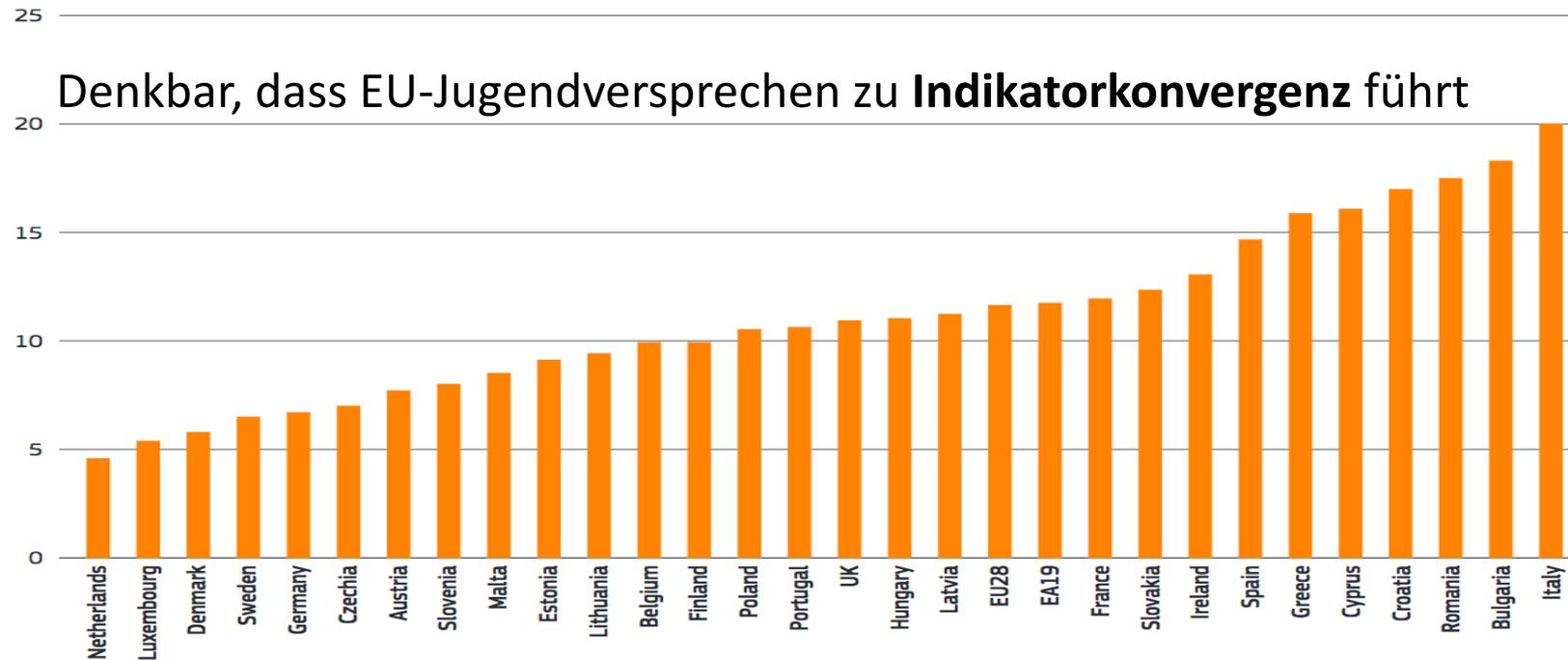
Note: Data from the EU Community Survey covers EU countries plus Iceland, Norway and Turkey. Individuals aged 16-74 years, except for Canada (16+), Japan (6+), Switzerland (14+). For countries covered by Eurostat, individuals were asked about activities they had carried out on the Internet in the last three months. For the other OECD countries, it generally refers to the last 12 months. Data refer for Eurostat countries to individuals who used the Internet in the last three months for job research or for sending job applications. Country notes: For Switzerland: Data refer to Internet users who used the Internet at least once within the last six months.

1) 2010; 2) 2006; 3) 2005; 4) 2003.

Source: OECD ICT Database and Eurostat Community Survey on ICT usage in households and by individuals, May 2012. Canadian Internet Use Survey, 2010 from Statistics Canada.

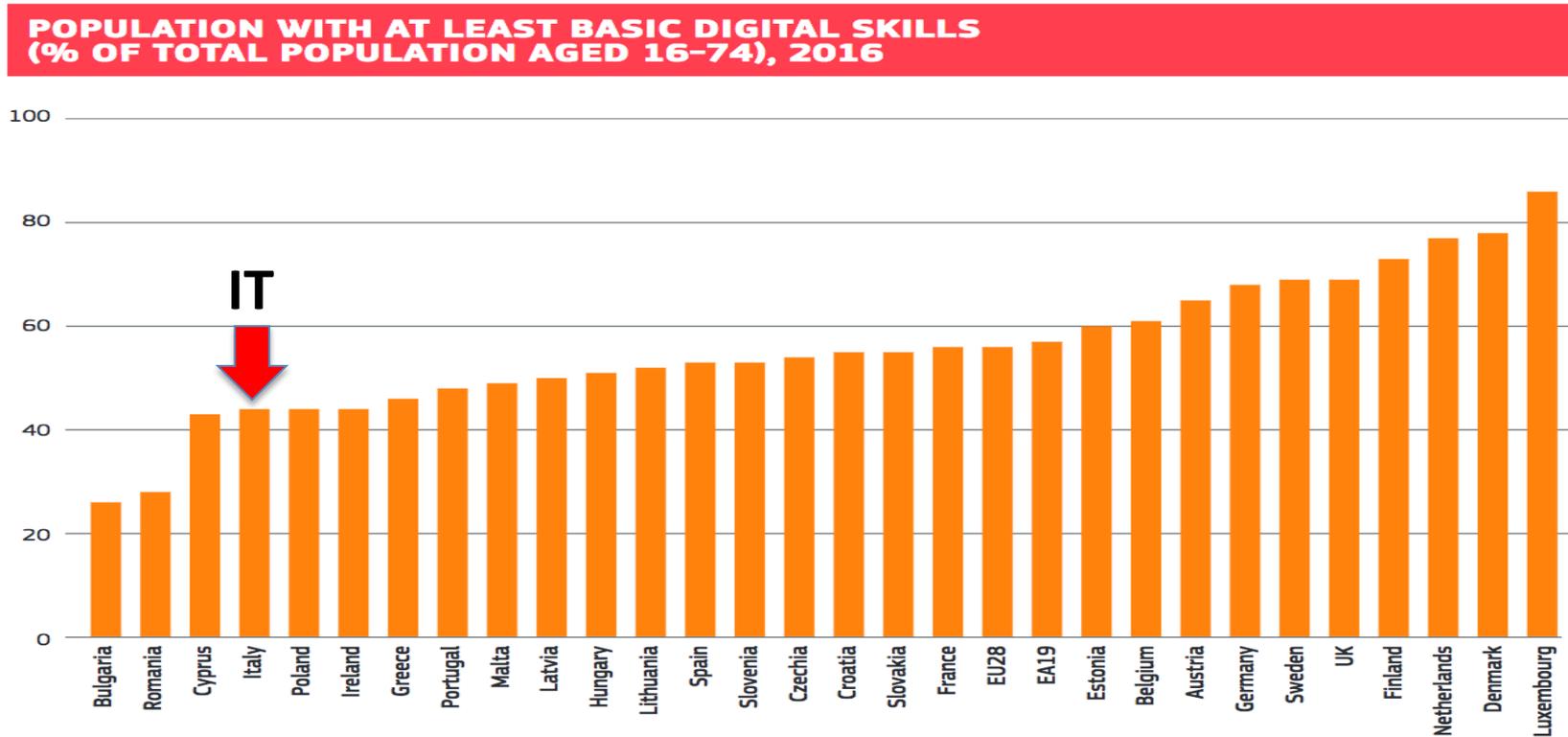
Social Indicators from EU Semester 2018: **Italy** is weakest in terms of young people who have neither job, training or education

YOUNG PEOPLE NEITHER IN EMPLOYMENT NOR IN EDUCATION AND TRAINING (NEET RATE) (% OF POPULATION AGED 15–24), 2016



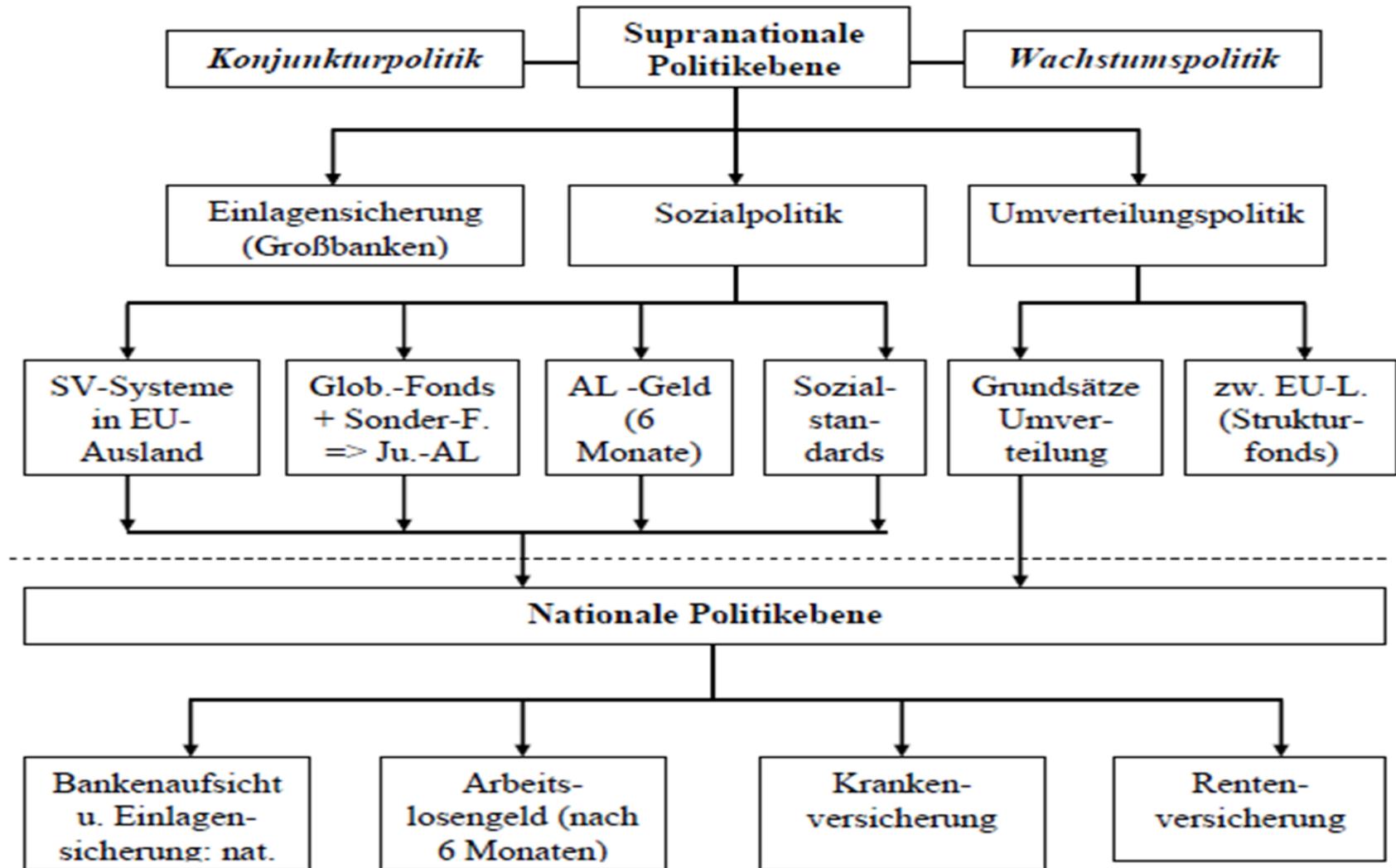
Source: Eurostat

Digital Skills Across EU Countries: Parts of Eastern Europe/**Italy** Rather Weak



Source: Eurostat

Sozialdimensionen bei Politikunion



Source: Adapted from Welfens (2017), BREXIT aus Versehen, Springer: Wiesbaden, Fig. 13, p. 254



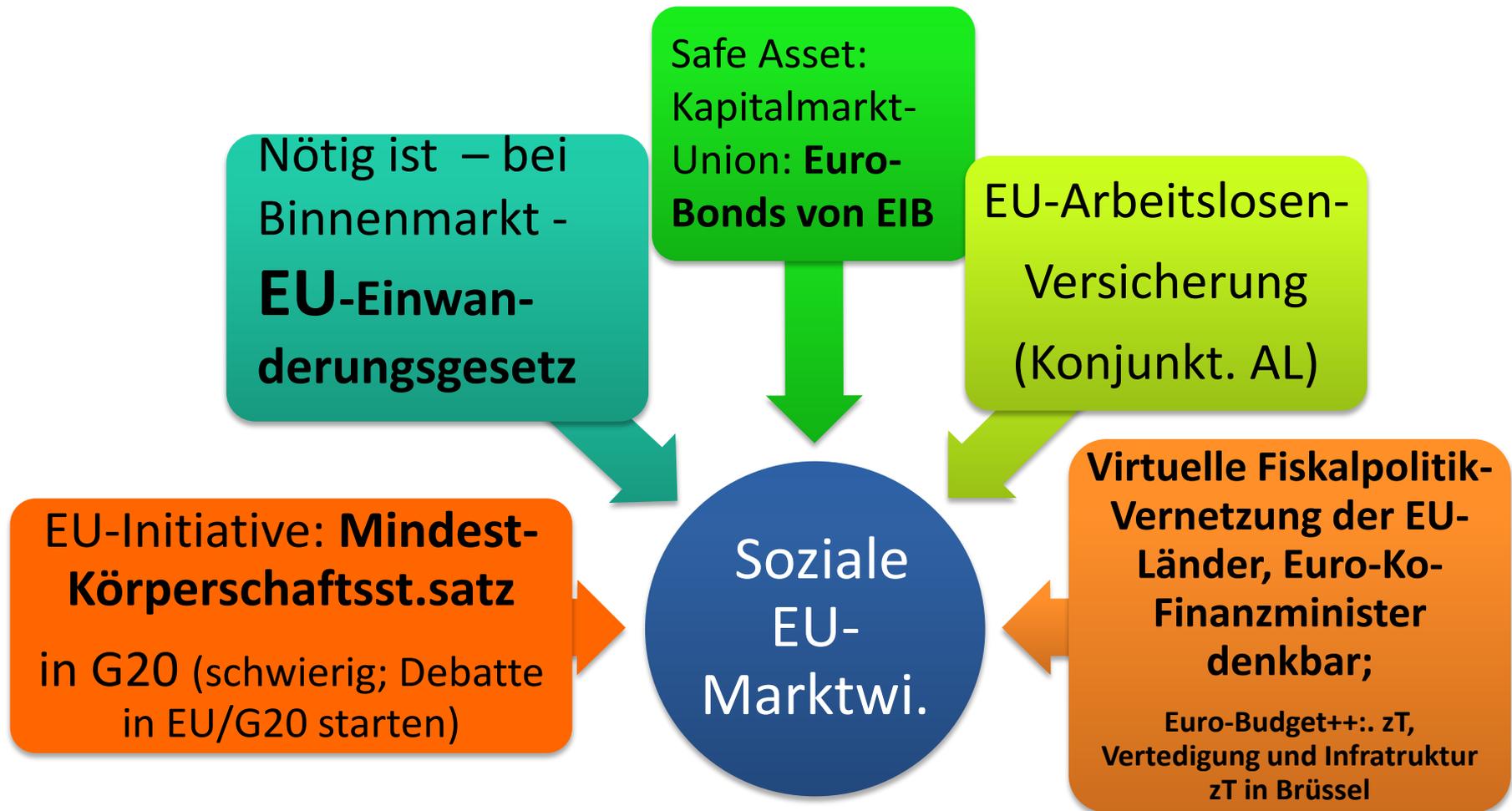
Hauptpunkte 1-12 (auch Dexp.überschussquote senken via 3):

- 1) **Armutquoten von Nicht-EU-Zuwanderern senken** bzw. Divergenzsituation mildern; **aktives Benchmarking; Olympia-Modell**
- 2) **EU-Zuwanderungsgesetz, nationale Zuwanderungsgesetze**
- 3) **Budgetneutrale fiscal deval.(D: -1% MW).-Arb.gruppe D/F/I(+2%MW)**
- 4) **Digitale Jobsuch-Divergenz abbauen über EU-Digitalprogramm; vernetzte** Weiterbildungsprojekte (IZA: Skilled wie unskilled lohnend); **FDIinflows fördern(IT)**
- 5) **Arbeitsmotivation verbessern** –EULänder Probl.oft Transferentzug; 6 Monate Arbeitslosenversicherung (fiskalisch & stab.pol./autom.Stabilisator)
- 6) **EU-Strukturfondspol.-Effizienz reformieren** (1/2 ökon. wirkungslos)
- 7) **Eurozonen-Staatsquote auf 3% anheben**, nach Ref. Eurozone eigenes Besteu.recht–via Effizienzgewinne **Gesamtsteuerquote senken**
- 8) **Körperschafts**mindeststeuersatz** bei G20 bzw. EU28**
- 9) **Europa2020 energisch unterstützen! Olympia-Topf für Reformen**
- 10) =Verteidigungsproj.EUweit ausschreiben: DE/FR/IT; ist ein Muss
- 11) **Volle UK-Mitwirkung ESRB zu Brexit macroprud. Superv. verlangen**
- 12) **EU-Zolleinnahm. aus Entw.ländern an die zurück für *Bildg/Gründer***

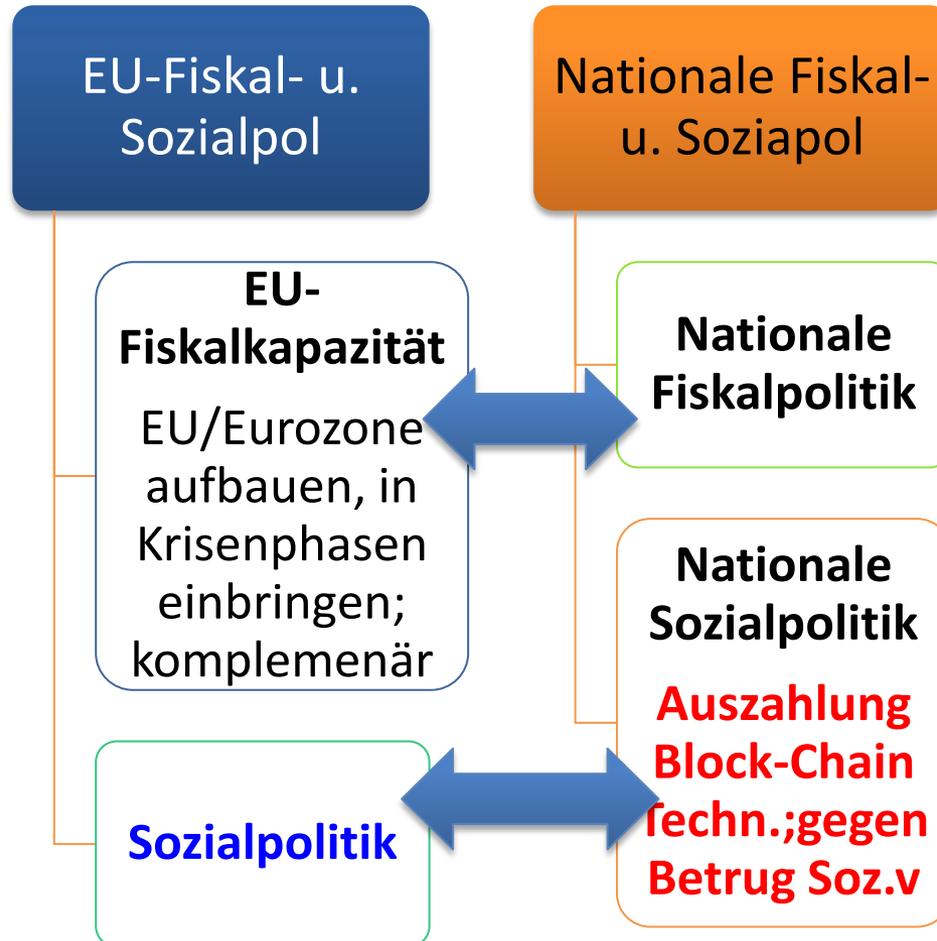
Sozialpolitik: Internationale Dimension (Addison/Welfens, 2. A)

- **Strategisch:** In Phase guten Wirtschaftswachstum
Konsens der EU-Länder/Euro-Länder aufbauen über
veränderte bzw. optimierte wirtschaftspol. Arbeitsteilung
- **Schuldenbremse in Verfassungen** verankern; **schafft
erst Vertrauen** für zT gemeinsame Sozialpolitik u. KaMU
- EU soll Multilateralismus nach Innen und Außen – etwa bei
Handelspol.–betonen Problem 36 Mio. Vers. kontrakte Brexit
- Wie können **Vorteile des EU-Modells Neue Soziale
Marktwirtschaft** nach innen&außen erklärt wrd (**Life exp**)
- **Wieviel Mindeststeuersatz** nötig (Baltische Länder zB
Problem), damit **EU-Länder handlungsfähig** einerseits; &
andererseits **Standortkonkurrenz noch wirkt**
- **Beteiligung Arbeitnehmer** Prod.vermögen

4 Euro-Startbereiche & Ergänzung EU-Einw.gesetz



Fiskal- und Sozialpolitik bei Integration



Mehr staatl. Sparförderung für junge Arbeitnehmer; auch EU-weit.
 Staatliche Arbeitgeber-Darlehen für Immobilienkauf

Bisher: Intensität des Politischen Wettbewerbs in Brüssel bzw. EU schwach; nur wenn EU-Staats-Quote höher, wird laut FoGr. Wahlen das Problem Überwunden = Höhere Intensität des pol. Wettbew. In EU. Dynamisches Subsidiaritätspr.!!

Mittelfristig: Euro-Parlament als Teil von EU-Parlament

Euro-Parlament nötig
für Euro-Budget 3% des BIP (Transeurop.Infrastr.,
Verteidigung, Teil
Arb.losten-Versicherung

EU-Kommission
nur noch zuständig
für Kooperation
Eurozone u.Nicht€-
Länder(&Nicht€-L)

**Euro-Finanzminister,
Euro-Außenminister
Euro-Umweltmin.
Euro-Sozialminister
Euro-Verteidigungsmin.**

Neo-EU
mit parl. Euro-
Regierung

***EU: Soziale Marktwi.:
Verbündete suchen
In ASEAN, bei China? etc***

- Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit
- www.eiiw.eu

Ausgewählte Literatur

- Allard, C. et al., (2013), Toward a Fiscal Union for the Euro Area, IMF Staff Discussion Note SDN 13/09, Washington DC.
- Addison, J.; Welfens, P.J.J. (eds.) (2013), Labor markets and social security - Issues and policy options in the U.S. and Europe, 2nd Ed., Heidelberg: Springer.
- Becker, S. et al. (2010), Going NUTS, Journal of Public Economics, 578-590.
- Burgert, M.; Roeger W. (2014), Fiscal Devaluation: Efficiency and Equity, DG ECFIN Economic Papers, No. 542.
- Breemersch et al. (2017), Labour Market Polarization in Advanced Countries: Impact of Global Value Chains, Technology, Import Competition from China and Labour Market Institutions, OECD Social, Employment and Migration Working Papers, No. 197, Paris: OECD Publishing. <http://dx.doi.org/10.1787/1815199X>
- Browne, J.; Immervoll, H. (2018), Mechanics of Replacing Benefit Systems with a Basic Income: Comparative Results from a Microsimulation Approach, OECD Social, Employment and Migration Working Papers, No. 201, Paris: OECD Publishing <http://dx.doi.org/10.1787/ec38a279-en>
- European Commission (2017), Employment and Social Developments in Europe 2017, Annual Review, Luxembourg: Publications Office of the European Union
- Häberli, C.; Jansen, M.; Monteiro, J.-A. (2012), Regional Trade Agreements and domestic labour market regulation, Employment Working Paper No. 120, Geneva: ILO.
- Heimberger, P. (2018), The Dynamic Effects of Fiscal Consolidation Episodes on Income Inequality, wiiw Working Paper, No. 147, Vienna

Ausgewählte Literatur

- Jaumotte, F.; Lall, S.; Papageorgiou, C. (2008), Rising Income Inequality: Technology, or Trade and Financial Globalization, IMF Working Paper WP/08/185, Washington DC
- OECD (2013), International Migration Outlook, Paris: OECD Publishing
- Rodrik, D. (1997), Trade, Social Insurance, and the Limits to Globalization, NBER Working Paper No. 5905, <http://dx.doi.org/10.3386/w5905>
- Siebert, H.; Feldstein, M. (eds.) (2002); Social Security Pension Reform in Europe, National Bureau of Economic Research Conference Report, University of Chicago Press
- Varga, J.; Roeger, W.; in't Veld, J., Vogel, L. (2018), Growth Effect of Structural Reforms and their Impact on the Functional Income Distribution, DG ECFIN, Brussels.
- Welfens, P.J.J. (2013), Social Security and Economic Globalization, Heidelberg: Springer
- Welfens, P.J.J. (2017), BREXIT aus Versehen, Wiesbaden: Springer
- Welfens, P.J.J.; Perret, J. (2014), Information & communication technology and true real GDP: economic analysis and findings for selected countries, *International Economics and Economic Policy*, Vol. 11, Issue 1-2, pp. 5-27
- Welfens, P.J.J.; Udalov, V. (2018), World Value Survey and Social Market Economy Aspects, forthcoming, European Institute for International Economic Relations at the University of Wuppertal

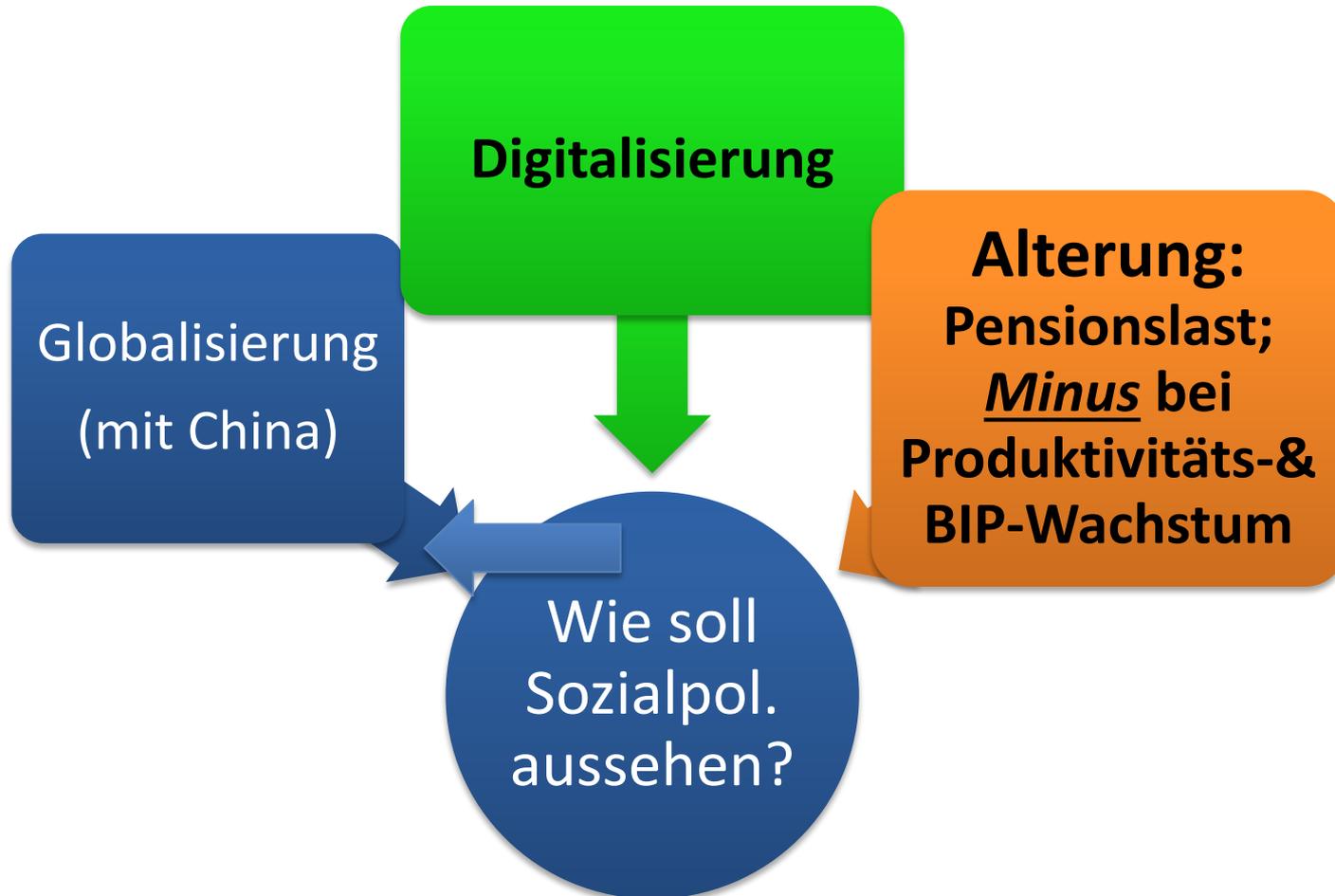
Anhang 1 etc: Sozialpolitik: Effekte

- 1) **Lebenserwartung steigt, Produktion steigt** (geringere Krankenquote; mehr „Bildungsinvestitionssicherheit, da Krankheit Partner/Kinder/Eltern nicht Abbrechen von einkommensloser Bildungs-/Weiterbildungszeit erzwingt wie vor Sozialstaat **(beitragsfinanziert)**)
- 2) **Lohnnebenkosten erhöht, was Erhöhung der Arbeitslosenquote bedingt** – sofern nicht aus Mehrwertsteuer/Steuer finanziert; letzteres hat auch ökonomische Effekte bzw. Wohlfahrtskosten (Dänemark...)
- 3) **Teil Sozialausgaben steuerfinanziert**, so dass Finanzministerium betroffen; **Einnahmeseite profitiert, aber auch von +Produktivität** bzw. erhöhter Steuerbasis im Sozialstaat. **Balance der Effekte** wichtig
- 4) **Problem Zuwanderung in Sozialsysteme:**
 - **Sozialsysteme können positiv auf Zuwanderung wirken, was politisch gewünscht sein kann** (ggf. in Verbindung mit Zuwanderungsgesetz); Frage, ob Zuwanderung Netto-Einnahmeeffekte für Staat hat – differenzierte **Ergebnisse der OECD (2014)** für EU-Länder etc.
 - Teilelement **Mindestlohn** kann Zuwanderung erhöhen, gerade von Geringqualifizierten; Debatte spielte Rolle **für BREXIT-Diskussion UK**

Was kann nationale Finanzpolitik ändern, was die EU-Politik?

- A) nationale Finanzpolitik **Mehrwertsteuersatz erhöhen, Sozialvers.satz o. Einkommenssteuersatz für untere Einkommensgruppen senken**
 - *Anmerkung Mehrwertsteuer ist weniger regressiv als allg. angenommen, da budgetneutrale Steuerreform zu mehr Investitionen führt= mehr Jobs, was ärmeren Haushalten bzw. Arbeitslosen hilft; Hartz IV o. ähnlich um MWSt.Erhöhungseffekt kompensieren – sonst unfair*
 - DE hat 10 Tage mehr Nicht-Arbeitstage als NL/FR/UK; nötig Anreiz f. Änderung =4% BIPplus; 30 Mrd. € Sozialvers.-Plus
- B) **Die verstärkte Synchronisierung der Konjunktur in der Eurozone im Zeitablauf führt** zur Frage nach konjunkturellen grenzübergreifenden Spillover-Effekten und letztlich zur Frage, **wie man echte Euro- bzw. EU-Finanzpolitik sinnvoll organisiert:**
 - **Gäbe es eine Euro-Finanzpolitik** nach US-Muster – Konjunkturpolitik auf der obersten Ebene in Washington DC -, dann bringt Nachfrageschock um 1% laut IMF-Studie weniger Einkommens- und Beschäftigungsrückgang als bisher in Eurozone: *Das hieße weniger Ausgaben auch für die nationalen Arbeitslosenversicherungen in der Summe der EU-Länder*

Hintergrund 21. Jh: Globalisierung, Digitalisierung & Demographie



- 1) Budgetneutrale exportförderliche Steuerref.-Arb.gruppe D/F/I
- 2) Mindest-Körperschaftssteuersatz als Thema in EU und bei G20
- 3) EU-Arbeitslosenversicherung (6 Monate, ohne Jugendarb. losigkeit) rechnen; mit nationaler Deckelung beim Beitrag.
- Digitale Jobvermittl. Benchmarking “Verbesserungs-Olympia”, active labor m.pol
- 4) Einkommenssteuersatz als Optionsmaßnahme: ½ Punkt senken
- 5) Arbeitgeber sollen in Ländern mit Strukturreformen zeitweise geringeren Anteil an Sozialversicherungbeitrag übernehmen (split Arbeitgeber/Arbeitnehmer nach Burghardt/Roeger, 2014, DGEFIN wp 541 nicht neutral)
- 6) Transeuropäische Infrastrukturnetzwerke: Euro-bezogen aufziehen; so organisieren, dass antizyklische Euro-Fiskalpolitik möglich; Verteidigungsbeschaffung u. EU-Grenzschutzprojekte in EU-Ländern i.d.R. EU-weit ausschreiben
- 7) EU-Ineffizienzen bei Strukturpolitik abbauen
- 8) Euro-Finanzminister=Stufenprojekt (€zone 2% Staatsquote, 3% später; dann Eurobonds); **Subsidiaritätsprinzip in dynamischer Betrachtung** – zu erklären=Netzprojekt
- 9) **Verteidigungsprojekt EU-Ausschreibung DE/FR/IT: ist ein Muss**

Was EU braucht als Voraussetzung in EU-Sozialpolitik

- 1) breiten, ausdiskutierten politischen UND gesellschaftlichen Konsens über **globale Führungsrolle EU/€zone als Soziale Marktwirtschaft**
21. Jh: **OECD-Statistiken Lebenserw., Säuglingssterblichkeit publizieren**
- 2) **Suche nach ordnungspolitischen Verbündeten, etwa in Asean-Ländern, ggf. China bzw. ASEAN etc.**
- 3) **Bewusstsein, dass freiwillige Umverteilung** überall am stärksten **in Krankenversicherung** (historisch und kulturell) ausgeprägt; **EU-finanzierte Effizienzprojekte im Gesundheitsbereich; zB dig. Krankenh.**
- 4) **Digitale Firmen oft kontinental oder global aufgestellt; nationale Besteuerung schwierig – mehr Kooperation bei digitaler Besteuerung in der EU nötig und bessere gemeinsame Regulierung; Option: EU-Rahmenregulierung für neue Beschäftigte in der Digitalen Wirtschaft – auf globale Wettbewerbsfähigkeit achten; EU liegt rel. zu USA/China zurück**

Eckpunkte zur ZEW-Simulation (Dolls et al. ,2014) Eurozonn-Arbeitslosenvers.

- **1) für 12 Mon. Finanzierung Arbeitslosenvers.**
- 2) 1,57% Beitragssatz Erwerbseink.(was relativ hoch ist:steht für 1% BIP; ohne Langzeitarbeitslosigkeit)
- 3) 49 Mrd. €Auszahlung pro Jahr (im Simulationszeitraum 2000-2013), was knapp 0,2% des BIPs Eurozone waren
- **4) strukturelle Nettozahler AU, DE, NL mit Beitragszahlungen von 0,2 bis 0,4% des BIP, während strukturelle Nettoempfänger Spanien u. Lettland mit 0,53% bzw. 0,33% gewesen wären;X-EUXIT risk, Popul?**
- **Besser wäre (WELFENS, 2017): Nur erste 6 Monate Arbeitslosigkeit aus Brüssel, Deckelungsgrenze bei max. 0.25% des BIPs der Zahler, davon Hälfte anrechenbar auf Beitragszahlung an EU (also max. 0.13% BIP effektiv), was automatisiert höhere Beiträge für alle bei Erreichen des Deckels hieße.** **Simulation Euro-ALvers. auch DIW**



Was soll EU machen/nicht machen/was sind denkbare Neufelder EU-Politik?

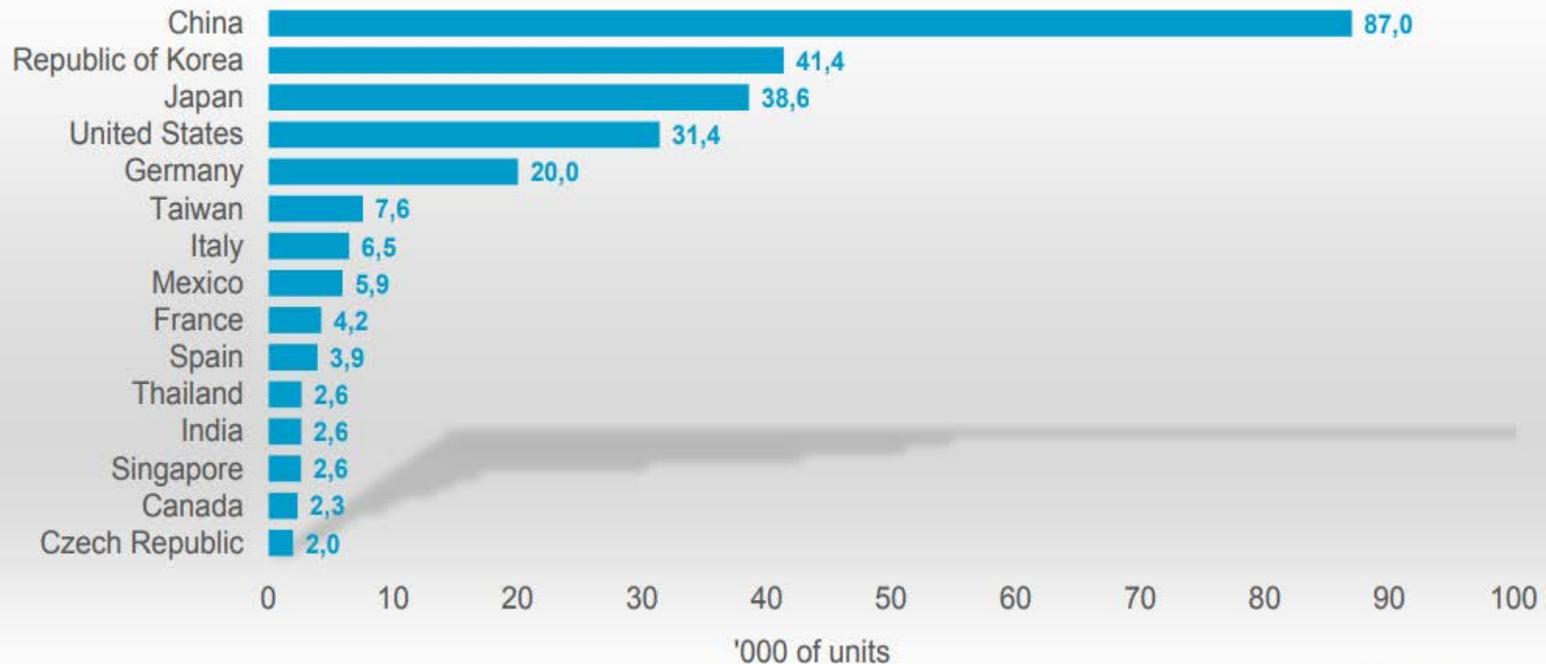
- 1) **Schuldenbremsen in die nationalen Verfassungen**; Griechenland braucht für Hilfe X Verfassungsreform: Venedig-Kommission aktivieren
- 2) **Problematisch, wenn EU sich mit Politikversprechen aufstellt, wo sie keine Mittel** bzw. Kompetenz hat: zB Jugendarbeitslosigkeit
- 3) **Soweit konjunkturelle Arbeitslosigkeit bei Mega-Schock hoch ausfällt, wären EU-Zuschüsse an die EU-Mitgliedsländer sinnvoll**; setzt voraus, dass EU-Budget hinreichend groß ist: mindestens 3%. Denkbar gemeinsame Arbeitslosenversicherung in der Eurozone für konjunkturelle Arbeitslosigkeit; müsste bei nationalen Beitragssätzen gedeckelt sein, **da sonst falsche Anreize, Widerstände in EU-Ländern**
- 4) **Aktive Arbeitsmarktpolitik national stärken & EU benchmarking**
- 5) **Frage nach Rolle einer EU-Einlagensicherung**: Das ist zT problematisch, allerdings **ist Vernetzung und faktische Rückversicherungsregelung** wohl denkbar
- 6) Frage nach **Rolle eines Europäischen bzw. eines Euro-Währungsfonds**: EWF müsste handlungsfähig in Krise sein; ESM ausbaubar, aber Anreize beachten
- 7) **Korruption abbauen** =mehr FDIInflows& Wachstum(zB für IT wichtig)

EU-Perspektiven zur Bekämpfung von großer Ungleichheit

- 4) **Steigende Ungleichheit** national kaum von Globalisierung herrührend (betrifft vor allem Lohn-Relation Qualifizierte/Ungelernte in jedem EU-Land) – mit Ausnahme der Expansion Chinas auf Industrie-Exportmärkten; **steigende Ungleichheit rührt vor allem von IKT-Expansion her. Globale IKT-Expansion kaum sinnvoll aufzuhalten, aber Bund bzw. EU sollten nicht naiv nur Weichen für immer mehr Dig. stellen**
 - Digitalisierungsfrage I für Sozialpolitik: höhere Arbeitslosenquote? **Eher nein, aber Weiterbildungsbedarf, Aktive Arbeitsmarktpolitik gefragt**
 - Digitalisierungsfrage II: Kann Digitalisierung bei Weiterbildung helfen und längere Lebensarbeitszeiten in alternden Gesellschaften ermöglichen: **JA – zu organisieren; auch im Rahmen von EU-Projekten (mehrsprachig)**

Soll man Robotereinsatz besteuern (z.B. wegen negativer externer Effekte?): Kaum sinnvoll, führende Anwenderländer Roboter= ökonom. Dynamik hoch

Estimated worldwide annual supply of industrial robots
15 largest markets 2016



Source: IFR World Robotics 2017

Gegenwärtige sozialpolitische Arbeitsteilung

- **Mitgliedsländer in EU machen EU-Umverteilungspolitik** im engeren Sinn; eine gewisse Umverteilung wird von der EU faktisch durchgeführt: 0,5 des Bruttoinlandsproduktes in der EU ausmachend (durchschnittlicher Nettobeitrag in EU 2017; Gegenwartswert bei 3% Zins: 16,3% des Bruttoinlandsprod.)
- **EU setzt Arbeits- u. Infostandards; Social Pillar 2017**
- EU aktiv bei **Entsende-Richtlinie**, die Lohndumping in der Europäischen Union verhindern soll;
- **EU-Strukturfonds für arme Regionen** (Pro-Kopf-Eink. < 75% KKP; rückläufige Beschäftigung)
- **1% EU-Staatsquote ist für Stabilitäts- bzw. Fiskalpolitik wenig brauchbar; politisch ärgerträchtig** schon

Sozialpolitik im EU-Kontext

- Zu beachten analytisch:

Nationale Strukturreformen (z.B. Stärkung Innovationspolitik) und Verteilungseffekte (Varga et al. (2018, DG ECFIN paper):

- **Strukturreformen in der EU**, die in Reformländern die Lücke zu Top-3-EU-Ländern mindern, Beschäftigung+, **führen für Gering-Qualifizierte zu Lohnpositionsverschlechterung – zugleich verbessert sich die Verteilungsposition der Kapitaleigner: **Strukturreform also im EU-QUEST-Modell mit unerwünschten Verteilungseffekt****
- **Wenn EU Strukturreformen fordert und fördert (sinnvoll bei Krisenländern)**, dann wäre es also sinnvoll darauf zu achten, dass betreffende Staaten nach Karenzzeit auch verstärkt Maßnahmen gegen wachsende Ungleichheit vornehmen – hier könnten EU-Strukturfondsmittel zB f. Weiterbildungsprojekte zeitweise erhöht werden; national Kofinanzierung erforderlich, Begleitforschung Bildungsrendite für Geringqualifizierte (nach IZA-Studie) nicht geringer als bei Qualifizierten!

Umverteilung in einigen EU-Länder unzureichend . QE-Probleme

- 1) Top 20% der Einkommenspyramide in Frankreich (2009), Bulgarien und Zypern **hatten nach Umverteilung durch Staat höheren Einkommensanteil als zuvor (NIEHUES, 2013)**
- 2) **Ungewollte Einkommens- und Vermögenumverteilung** durch Quantitative Easing & Nullzins-Politik in OECD-Ländern nach Bankenkrise 2007-09; zudem hat zB in Deutschland staatlicher Bankenrettungsfonds zu Kosten von **etwa 30 Mrd. €** für den Steuerzahler (1% des BIP) Großbanken gerettet.

Aufteilung Sozialpolitik National und EU

- **Effiziente pol. Arbeitsteilung Mitgliedsstaat-EU** wichtig
- **Falls EU zuviel Sozialpolitik-Agenda aufsetzt**, erzeugt das falsche Erwartungen bei Wählerschaft bei nationalen u. EU-Wahlen; zT Verstoß auch gegen **Subsidiaritätsprinzip**
- Im 21. Jahrhundert geht es um eine **Digitale Soziale Marktwirtschaft**: **neue** Herausforderung; Mindestteilhabe an digitaler Gesellschaft für ALLE, Datenschutz als Teil privaten Wohlstands/Vermögensakkumulation (bislang in EU/OECD fehlende Eigentumsrechtedef. bei Daten); **neue Selbstständige – deren Anteil steigt: wie können Kranken- und Rentenversicherung hier ausgestaltet werden/EU-Rahmen setzen?**

Was leistet die EU in der Sozialpolitik?

- 1) Struktur- bzw. Quasi-Sozialfonds der EU und Kohäsionsfonds (für EU-Länder mit weniger als 90% des EU-Durchschnitts)
- 2) Rechtsverankerung im Sozialbereich
- 3) Dialog der Sozialpartner – abgehoben von nat. Debatte?
- 4) Offene Koordination bzw. Standortwettbewerb; wenn es in vernünftiger Weise zB gelingt, **dt. Berufsbildungssystem-Elemente zu exportieren/modifizieren**= verminderte Europ. Jugendarbeitslosigkeit = **mehr Konsen & pol. Optionen**
- 5) Benchmarking: zB unterschiedliche Intensität der Nutzung des Internets für die Jobsuche (**hierzu Ergebnisse von OECD im Internet Economy Report**)

In EU: Welche Verbindung von Sozialpräferenzen und Nachhaltigkeitseinstellung & ökonomischen Variablen gibt es?

- Siehe hierzu **WELFENS/UDALOV (2018), forthcoming**
 - Basis ist **World Value Survey** (für ausgew. EU-Länder)
 - Einstellung/Interessen/Kommunikationsdichte etc. in Wirkung auf „Sozialpolitikeinstellung“ bzw. **Umverteilunginteresse UND Umweltinteresse** (beides langfristig; **Wendepunkte** bei welchem Einkommen, falls Kuznets-Kurve)

Makroökonomische Ungleichgewichte; Fiskal-/Soz.pol

- Überwindung einer Rezession traditionell durch
 - **Expansive Fiskal- oder Geldpolitik**
 - **Fiskalische Abwertung: Lohnnebenkosten durch Minderung der Sozialversicherungsbeitragssätze senken**, damit Lohnkosten sinken und **internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessert**= Arbeitslosenquote sinkt; **zugleich Mehrwertsteuersatz budgetneutral erhöhen**, um General-Gov-Budget-Finanzierungslücke zu schließen, was den **Nettoexporteffekt verstärkt**: : **Mehrwertsteuersatzerhöhung= Senkung der inländischen Konsumnachfrage bzw. der Absorption= Nettoexporterhöhung**; bei gegebener Güterproduktion

EU28+: Rules on Social Security Coordination (EUWebsite)

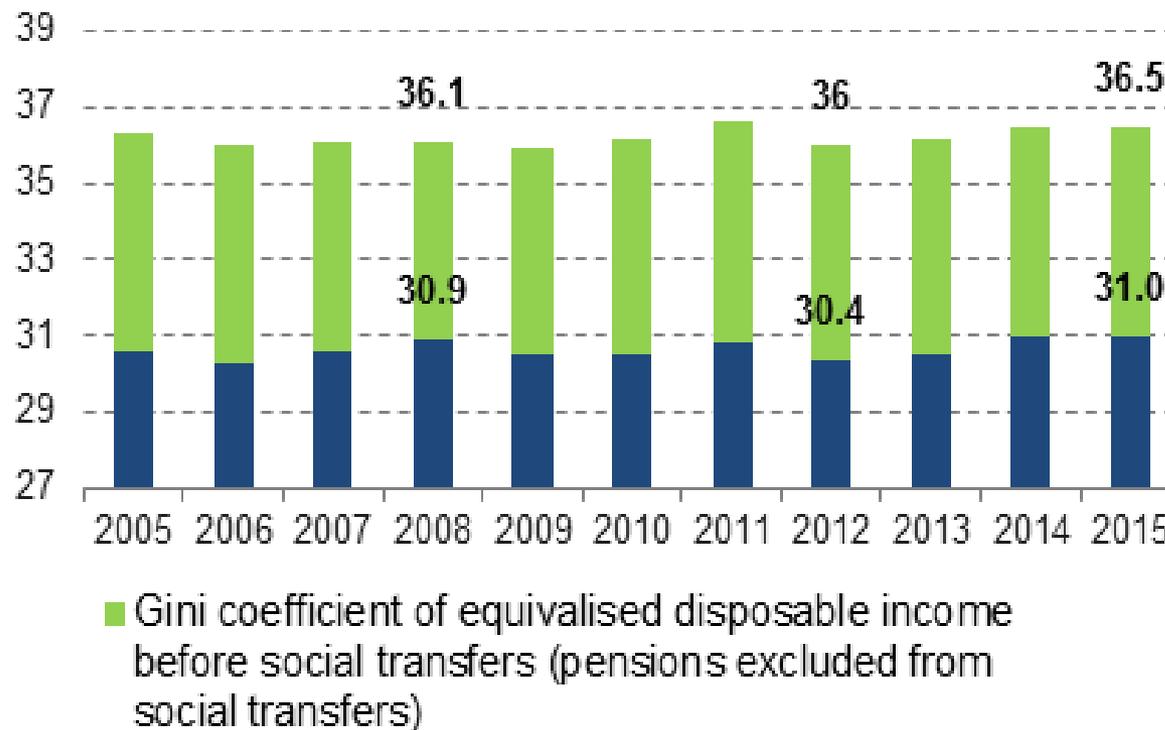
- The EU provides common rules to protect your social security rights when moving within Europe

(EU 28 + Iceland, Liechtenstein, Norway and Switzerland).

The rules on social security coordination do not replace national systems with a single European one. All countries are free to decide who is to be insured under their legislation, which benefits are granted and under what conditions.

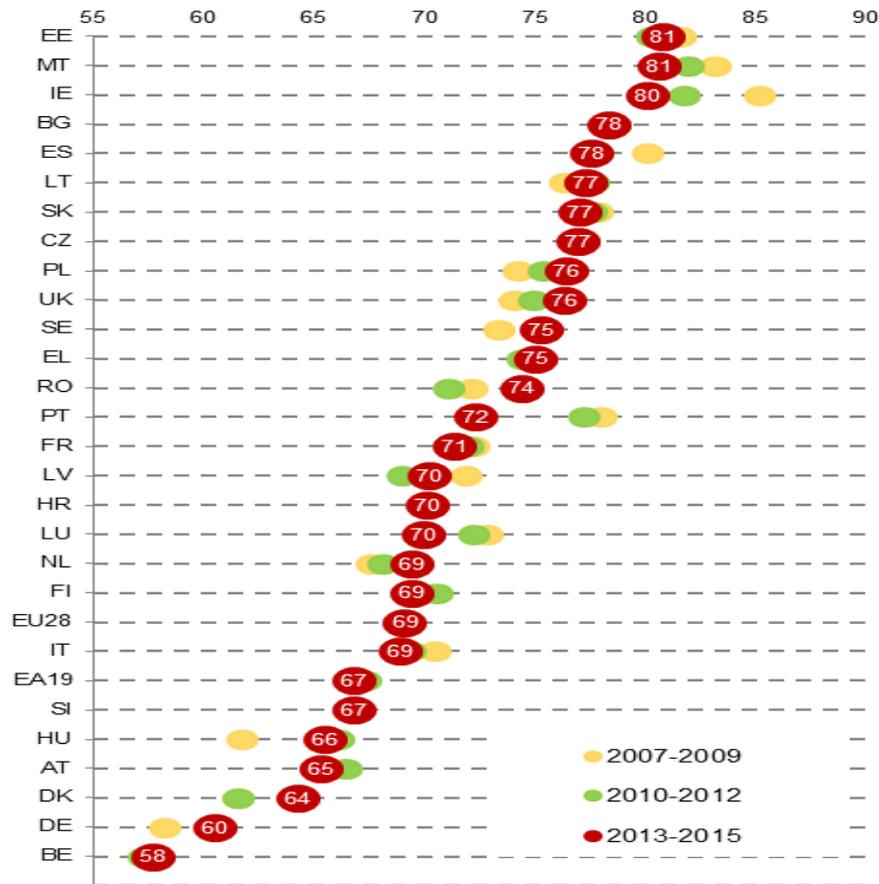
Income inequality before and after social transfers

Gini coefficient before social transfers and of disposable income, EU27



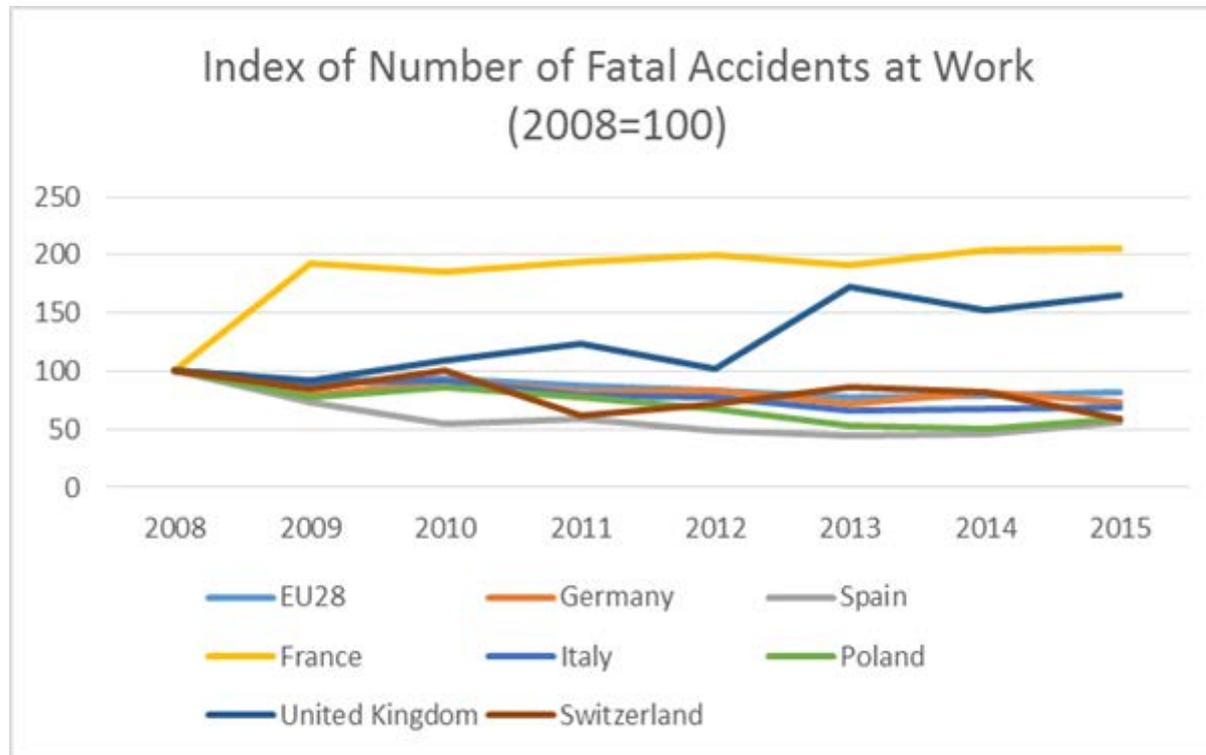
Source: European Commission (2017), Employment and Social Developments in Europe 2017, Chart 1.36

Net annual earnings as % of gross annual earnings, single person without children with average wage (average of three years), EU, EA and Member States



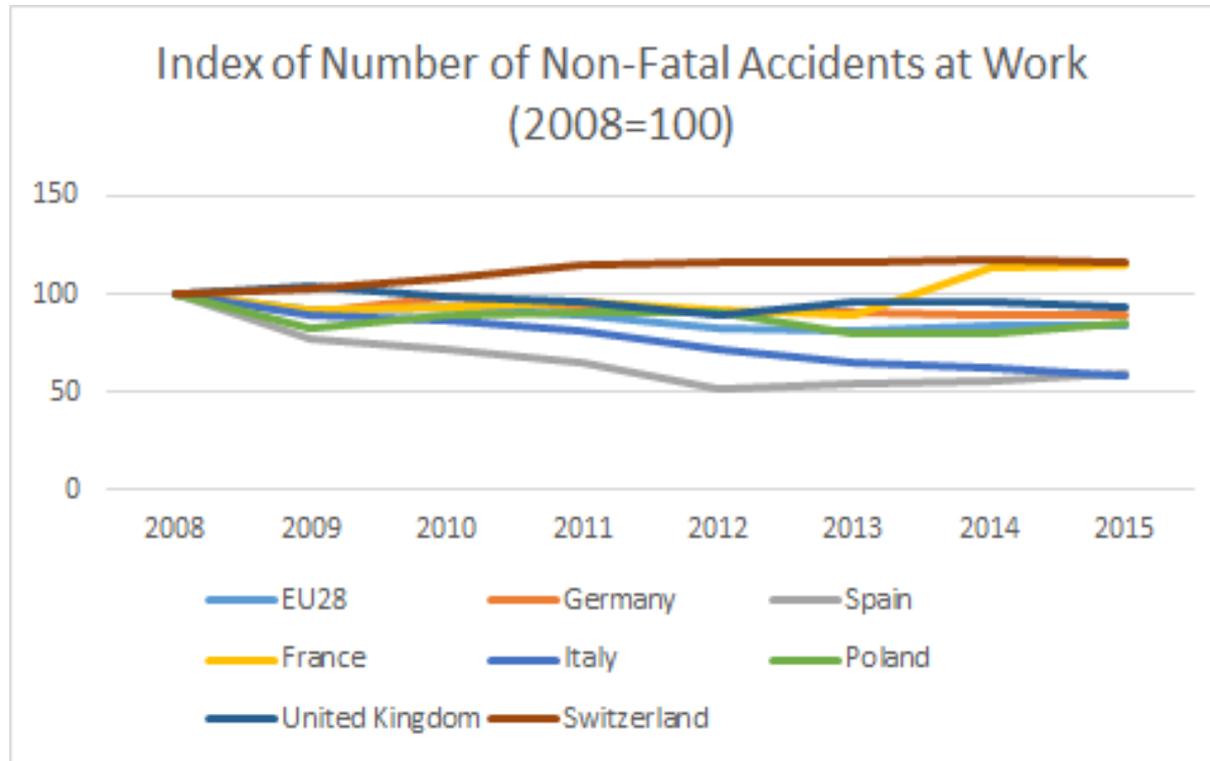
Source: European Commission (2017), Employment and Social Developments in Europe 2017, Chart 1.32

Index of Number of Fatal Accidents at Work



Source: Eurostat (2018), Fatal Accidents at work by NACE Rev. 2 activity, hsw_n2_02

Index of Number of Non-Fatal Accidents at Work



Source: Eurostat (2018), Non-Fatal Accidents at work by NACE Rev. 2 activity, hsw_n2_01

Mehrwertsteuerregelsatz (Stand 01. Januar 2018)

Standard VAT Rate (%)			
Hungary	27	Latvia	21
Denmark	25	Lithuania	21
Croatia	25	Netherlands	21
Sweden	25	Bulgaria	20
Greece	24	Estonia	20
Finland	24	France	20
Ireland	23	Austria	20
Poland	23	Slovakia	20
Portugal	23	United Kingdom	20
Italy	22	Germany	19
Slovenia	22	Cyprus	19
Belgium	21	Romania	19
Czech Rep.	21	Malta	18
Spain	21	Luxembourg	17

Source: European Commission (2018),

https://ec.europa.eu/taxation_customs/sites/taxation/files/resources/document_s/taxation/vat/how_vat_works/rates/vat_rates_en.pdf

Age Dependency Ratio (Pop. over 64 to pop. 15-64 y/o)

	1971	1976	1981	1986	1991	1996	2001	2006	2011	2016
Italy	17.66	19.51	20.48	19.64	22.18	24.73	27.40	29.86	31.91	35.66
Germany	22.08	23.75	23.39	20.85	21.84	22.97	24.97	29.03	31.40	32.40
France	20.81	21.62	21.34	19.27	21.69	23.43	24.77	25.34	26.55	30.96
Spain	15.71	16.72	17.75	18.59	20.52	22.63	24.39	24.34	25.82	29.02
United Kingdom	21.21	22.85	23.41	23.27	24.37	24.63	24.42	24.41	25.71	28.66
United States	16.41	16.88	17.73	18.52	19.33	19.28	18.59	18.50	19.83	22.80
China	6.87	7.46	8.01	8.40	8.73	9.46	10.23	10.74	11.66	14.03
Brazil	6.37	6.50	6.51	6.51	6.80	7.33	8.01	9.06	10.13	11.85
India	6.02	6.26	6.41	6.53	6.65	6.95	7.33	7.73	8.10	8.80

Source: World Bank (2018), Age Dependency Ratio Old (% of working-age population). Ratio of population aged over 64 to those between 15-64, **ranked by ratio in 2016 from highest to lowest**

Health-related absenteeism

$$(1) Y = F[K, AL(1 - V'V)] = K^\beta [AL(1 - V'V)]^{1-\beta} ; \quad 0 < \beta < 1, V' > 0$$

$$(1.1) y' = k'^\beta (1 - V'V)^{1-\beta}$$

$$y' = \frac{Y}{(AL)} \quad k' = \frac{K}{(AL)} \quad A = A_0 e^{at}$$

$$(1.2) \ln y = \beta \ln k' - (1 - \beta)V'V + \ln A_0 + at$$

$$(2) d\ln y / dV = -(1 - \beta)V'$$

Question for refinement:

$a = a(R, V)$ in endogenous growth approach (R refers to the number of researchers).

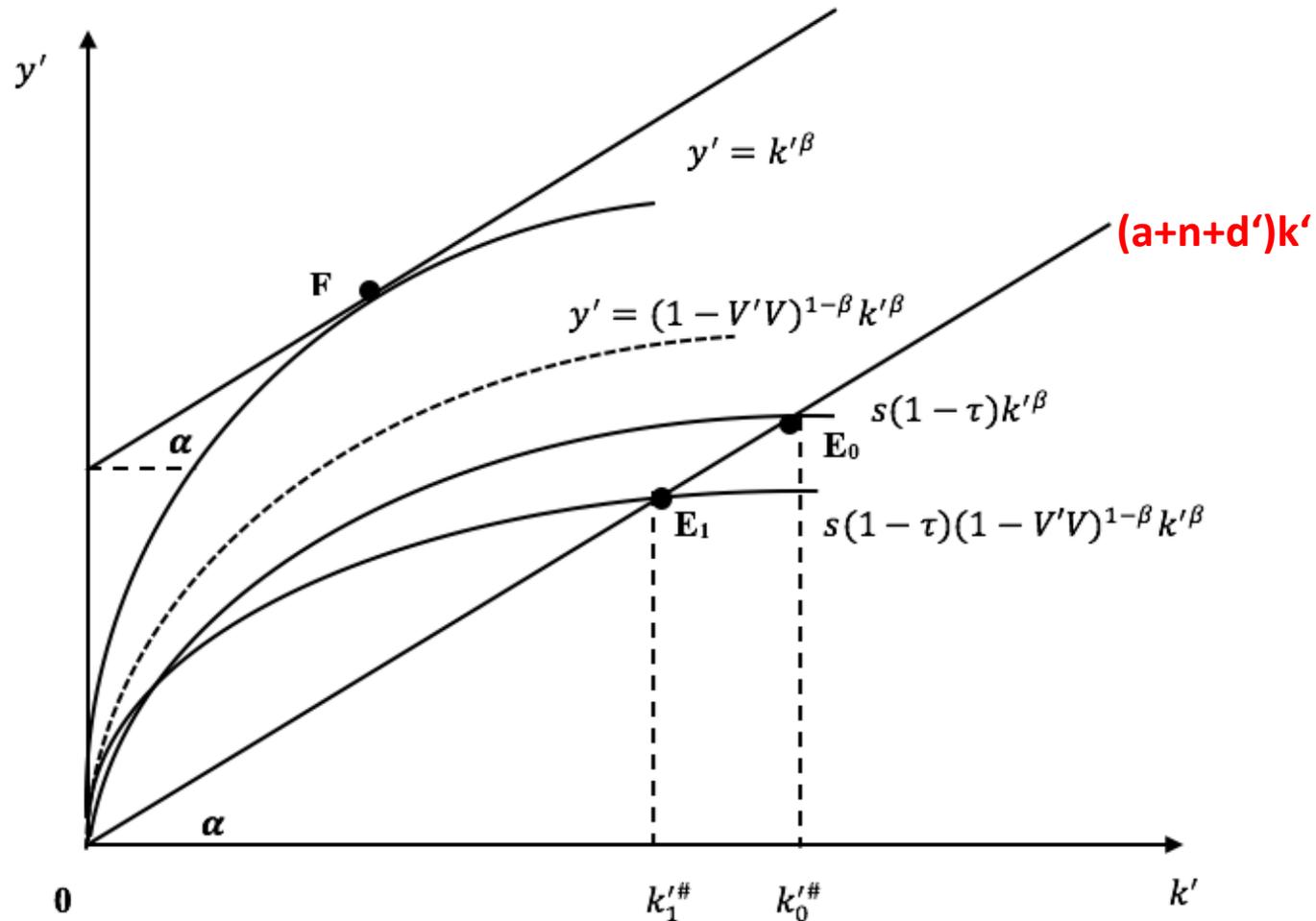


Figure 1: Role of Health-Related Absentee Ratio (V')

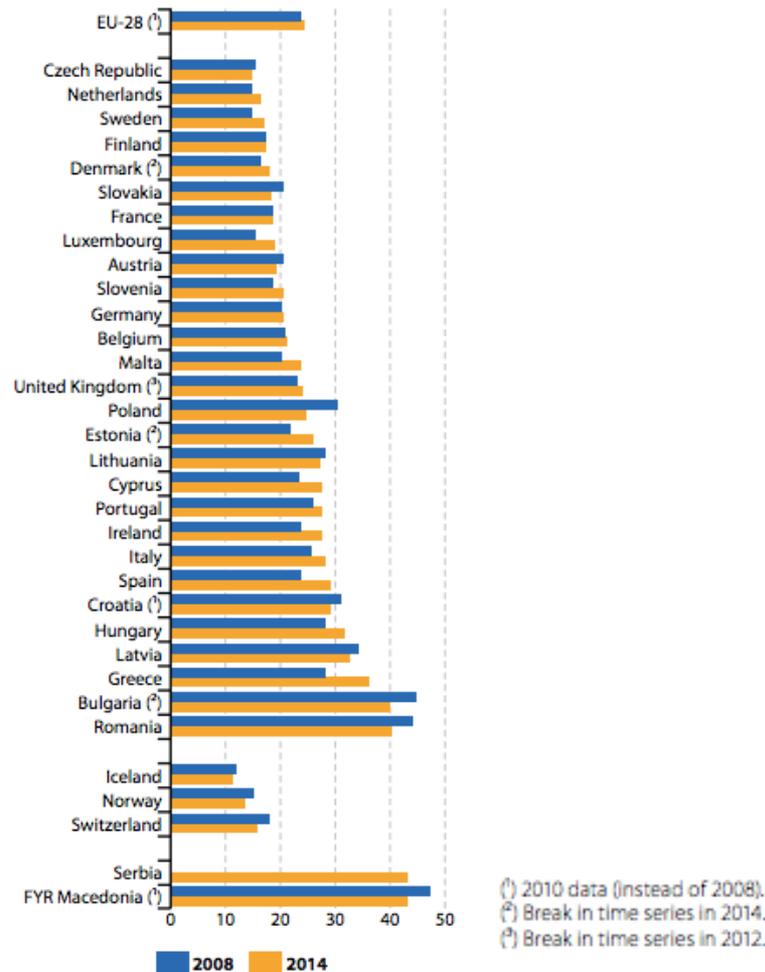
➔ $k^{\#}$ increase is advantage for capital equipment exporters (Germany etc.)

Health-related Absenteeism (Days lost due to illness)

	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2015
United States	5	5.3	5.3	5.3	5	4.3	3.8	3.5
France	9.7	8.5	7.6	7.8	8	8.3	8.2	8.2
Germany	19.2	16.5	13.8	15.9	18.3
Netherlands	24	18	18	13	14	11	11	10
Spain	9.2	12.1	10.7	10.4
United Kingdom	8.9	..	7.8	6.6	6.5	..

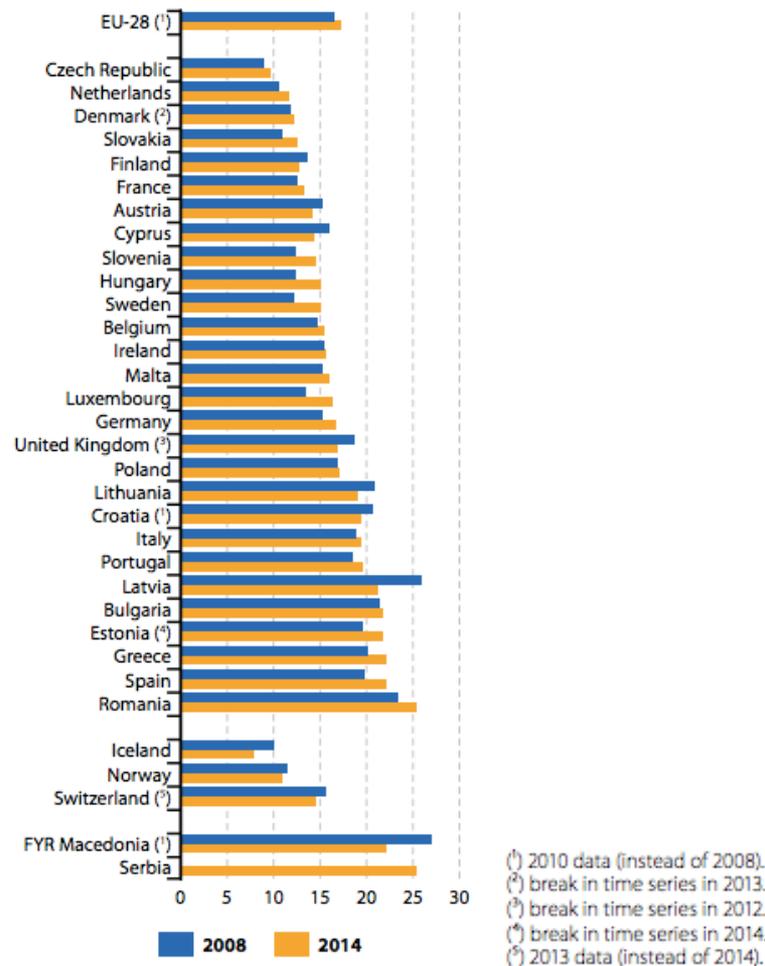
Source: OECD (2018), OECD Health Statistics, Absence from work due to illness <http://stats.oecd.org/index.aspx?queryid=30123#>

Figure 5.3: People at risk of poverty or social exclusion, by country, 2008 and 2014 (% of population)



Source: Eurostat Statistical Books 2016 p.142; Smarter, greener, more inclusive? Indicators to support the Europe 2020 strategy-2016 edition.
 Access: <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/7566774/KS-EZ-16-001-EN-N.pdf>
 Online data code: [t2020_50](#)

Figure 5.13: People at risk of poverty after social transfers, by country, 2008 and 2014 (% of population)



Aufstiegselastizität für ausgewählte OECD-Länder

- **US Council of Economic Advisors
(Fig.)**

Composition of intra-EU mobility by different types, EU-28 citizens in the EU-28, 2015

Type of mobility	Extent
'Long-term' EU-28 movers of working age (20-64 years) living in EU-28* (Eurostat figures)	11.3 million
<i>(as share of the total working-age population in the EU-28⁴²)</i>	<i>(3.7%)</i>
EU-28 movers of working age living in EU-28* (EU-LFS figures)	10.5 million⁴³
...of which active EU-28 movers (employed or looking for work)**	8.5 million⁴⁴
<i>(as share of the total labour force in the EU-28)</i>	<i>(3.6%)</i>
Cross-border workers (20-64 years)**	1.3 million
<i>(as share of the total employed in the EU-28)</i>	<i>(0.6%)</i>
Number of postings⁴⁵ (of employed and self-employed), (no. of PDs A1)⁴⁶	2 million
Annual return mobility (20-64 years) (2014)⁴⁷	630,763
<i>(as share of 'long-term' EU-28 movers of working age)</i>	<i>(6%)</i>
<i>(as share of EU-28 nationals emigrating from their country of origin in 2014)⁴⁸</i>	<i>(59%)</i>
Retired EU-28 movers (all ages)	1.4 million

*SOURCE: EUROSTAT MIGRATION STATISTICS, 2015

Source: European Commission; 2016 Annual Report on intra EU Labour Mobility p.22.